



Newsletter Nr. 7 vom 13. Juni 2021

Inhalt

Vorwort

- 1 Die nächsten öffentlichen Aktionen mit Aufstehen Bremen Beteiligung
 - 2 Berichte aus den Bremer Aktionsgruppen
 - 3 Presseerklärungen unter Mitwirkung von Engagierten bei Aufstehen Bremen
 - 4 Persönliche Statements und Einschätzungen aus unserem Freundeskreis
 - 5 Buchempfehlungen und Rezensionen
 - 6 Über #aufstehen und #aufstehen-Bremen
- Anhang: Spendenaufruf

Vorwort

Die Regierenden – egal welcher Partei-Koalitionen - ignorieren und unterdrücken elementare Wünsche der Mehrheit der Menschen. Weil die soziale Spaltung wächst, wünscht sich die Mehrheit soziale Gerechtigkeit und Umverteilung von oben nach unten. Weil hochgerüstet wird und geopolitische Konflikte eskalieren, wünscht sich die Mehrheit Frieden, Entspannung und Abrüstung. Weil unsere natürlichen Lebensgrundlagen und -ressourcen zerstört werden, wünscht sich die Mehrheit nachhaltiges Wirtschaften, eine Gemeinwohl orientierte Ökonomie und einen sinnvollen und planvollen Umwelt- und Naturschutz. Weil unsere Souveränitäts- und Freiheitsrechte abgebaut oder gänzlich ignoriert werden, wünscht sich die Mehrheit echte Demokratie, nicht nur in machtlosen Bürgerforen und spielerischen „Democracy-Apps“ sondern ganz real und mit gesetzgebender Macht; dafür riskierten die revolutionären Demokraten der Aufklärung im 18. Jahrhundert sogar ihr Leben.

Der Wunsch zum Sammeln, Bewegen und Verändern, wie ihn die Sammlungsbewegung #aufstehen 2018 aufgegriffen hat, ist drängender denn je, allerdings seit über einem Jahr konfrontiert mit unübersehbar vertieften Spaltungen, politischen Gräben und einer im Angstmodus gehaltenen Bevölkerung. Unter dem Dauerfeuer umfassender Propaganda ist es in der Öffentlichkeit immer schwieriger geworden, elementarste, demokratische Diskurskulturen zu pflegen: unvoreingenommen, respektvoll, ergebnisoffen und kontrovers - mit dem Ziel, uns allen dienende Lösungen gemeinsam zu finden.

Stattdessen werden voraufklärerisch anmutende, inquisitorische Glaubensbekenntnis-Kriege geschürt:

- Wer die CO2-Steuer, die einkommensarme Haushalte besonders belastet, oder die „klimaneutrale“ Wohn- und Transportkostenverteuerung, oder die umweltschädigende Subventionierung der Elektroauto-Industrien kritisiert, soll ein „Klimaleugner“ sein?
- Wer die Unverhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen anspricht oder grundgesetzkonform den freien Impfscheid einfordert, soll ein „Virus-Leugner“, ein „Seuchen-Volksschädling“ oder gleich ganz ein „Nazi“ sein?
- Wer die offensichtlichen Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen der USA und der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern anspricht, soll ein „ Hamas-Anhänger“ oder „Antisemit“ sein?
- Wer die völkerrechtswidrigen Regime-Change Operationen des US-Imperiums kritisiert, das Völkerrecht betont und unsere natürlichen Handels- und Energiepartnerschaften zwischen Europa

und Asien (Russland und China) zum gegenseitigen Nutzen weiter fördern will, soll ein „Diktaturen-Freund“ oder ein „Putinverstehender“ sein.

Mitten in dieser aufgeheizten gesellschaftlichen Atmosphäre bemühen wir uns in und mit Aufstehen Bremen einen offenen und respektvollen Dialog weiter zu kultivieren. Gelegentlich in der Sache durchaus scharf, im menschlichen Umgang aber solidarisch. Unter Punkt vier in diesem Newsletter findet ihr kontroverse persönliche Erklärungen von bei uns Engagierten, bzw. von befreundeten Mitstreitern zu unterschiedlichsten Themen. Auf unserer WEB-Seite steht für alle Debattierfreudigen unter „Texte“/„aufstehen kontrovers“ ein öffentlicher Raum zur Verfügung.

1. Die nächsten öffentlichen Aktionen mit Aufstehen Bremen Beteiligung – macht mit und bringt eure Aufstehen Fahnen, Schilder und Transparente mit!



Kranzniederlegung zum 80. Jahrestag des Überfalls der Nazi-Wehrmacht auf die Sowjetunion - Dienstag, 22. Juni 2021 um 11:00 h

Mahnmal für sowjetische Kriegsgefangene, Reitbrake 6, 28239 Bremen

In der Nachbarschaft des 1941 so bezeichneten „Russenfriedhofs“, auf dem nun die Bremer Landesregierung eine Bahnwerkstatt in unmittelbarer Nachbarschaft zu Wohngebieten plant, zusammen mit dem Bahntechnikriesen ALSTOM. Aufstehen

Bremen unterstützt diese Aktion, wir werden mit mehreren dort sein und freuen uns über alle Mitstreiter.



Der 22. Juni 1941 mahnt: Gemeinsam für den Frieden. Vor 80 Jahren, am 22.

Juni 1941, erfolgte der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion unter dem Codewort „Barbarossa“.

Kundgebung am Dienstag, 22. Juni 2021 um 17 Uhr Bremer Marktplatz

Es spricht der Historiker Prof. Dr. habil. Peter Brandt zum Thema: Warum wir Frieden und Freundschaft mit Russland brauchen?

Zugleich werben wir für die einzig vernünftigen Schlussfolgerungen: Frieden mit Russland, Freundschaft und Zusammenarbeit, Abrüstung! Veranstalter: Bremer Friedensforum und Deutsch-Russische Friedenstage e. V., unterstützt von Aufstehen Bremen.

Der Flyer dazu steht hier zum Download:

https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/DRF_FLYER_MAI-2021-6-SEITER_7.pdf

Helfer:innen werden noch gesucht auf dem Marktplatz - bitte bei Ekkehard Lentz melden (ab 15 Uhr)

2. Berichte aus den zur Zeit aktiven Aufstehen Aktionsgruppen

Die Aufstehen Bremen AG Frieden



(LINK: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-frieden>)

Meetings finden 1x Monat statt.

Wir unterstützen selbstverständlich die **Kundgebung: „Der 22. Juni 1941 mahnt“**: Der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion!

In diesem Zusammenhang warnen wir vor der **Kriegsgefahr in der Ostukraine!** Der politische „Mainstream“ in der BRD sieht den Verursacher der

Krise allein bei Putin. Niemand sagt etwas zum Boykott des Minsker Abkommens durch die Ukraine. Bis heute hat die Ukraine – wie im Abkommen vorgesehen – nicht ihre Verfassung dahingehend

geändert, Donezk und Lugansk einen Autonomie-Status zu ermöglichen. Seit der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nach der Wahl Joe Bidens in den USA einen deutlich härteren Kurs gegen Russland fährt, drei sogenannte Russland freundliche Fernseh-Sender widerrechtlich geschlossen hat und offen eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO verlangt, haben auch die Waffenstillstandsverletzungen in Luhansk und Donezk wieder zugenommen.

NATO-Manöver Defender 2021: Die Verlegung von US-Truppen nach Europa im Rahmen des Großmanövers Defender Europe 21 ist eingeleitet worden. Das geht aus US-Berichten hervor, wonach Tausende US-Soldaten ab April in Europa eintreffen, um dort weiter in Richtung russische Grenze zu transportiert zu werden. Schwerpunktgebiet ist dieses Jahr nicht, wie 2020, das Baltikum, sondern Südosteuropa, insbesondere die Schwarzmeerregion. Deutschland fungiert erneut als Drehscheibe für die Truppenverlegung; im Rahmen von Defender Europe 21 werden deutsche Häfen, Flughäfen und Truppenübungsplätze genutzt, während die Bundeswehr mit 430 Soldaten beteiligt ist. Mehrere Teilmanöver sind angekündigt - darunter Luftlandeübungen und Operationen zur Luft- und Raketenabwehr sowie eine Simulationsübung, bei der die Führung von Truppen in über 100 Ländern auf zwei Kontinenten geprobt werden soll. Beteiligt sind neben 21 NATO-Staaten auch fünf Länder, die dem Kriegsbündnis nicht angehören, darunter mit Georgien und der Ukraine zwei Frontstaaten aus dem Machtkampf gegen Russland. Offensichtlich eine Machtdemonstration der NATO gegenüber Russland.

Julian Assange muss endlich freigelassen werden!

Für den UN Sonderberichterstatter für Folter Nils Melzer ist Julian Assange eine Art Untergrundkämpfer der Pressefreiheit. Eine Auslieferung und Verurteilung würde bedeuten, dass fortan jede Veröffentlichung von Informationen, die die US-Regierung für geheim erklärt, zu einer strafbaren Spionagetat erklärt wird, und zwar auch für ausländische Journalisten im Ausland. In den USA würde man dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit angeklagt, von einem geheimen Staatssicherheitsgericht abgeurteilt und für den Rest seines Lebens weggesperrt. Wenn es erst einmal zum Verbrechen geworden ist, die Wahrheit zu sagen, während die Missbräuche der Mächtigen straflos bleiben, dann ist der Schritt in die Tyrannei eigentlich bereits vollzogen. (aus: FR, Interview mit Bascha Mika).

Wir verfolgen das in der AG Frieden weiter!

Die Aufstehen Bremen AG Wohnen und Stadtentwicklung

(LINK: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-wohnen>)

Meetings finden jeden 3. Dienstag im Monat statt. Aktuelle Infos unter Termine auf der WEB-Seite.



Wir unterstützen die "Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu".

Bitte beteiligt euch an den drei Petitionen dazu im Petitionssystem der Bremischen Bürgerschaft (bis 16.07. kann dort online mitgezeichnet werden)

S 20/203 - Keine Bahnwerkstatt in Bremen-Oslebshausen

S 20/204 - Schaffung einer „Grünen Pufferzone“ in Oslebshausen

S 20/205 - Einrichtung einer NS-Zwangsarbeiter:innen Gedenkstätte in Bremen-Oslebshausen

Die Bürgerinitiative kämpft gegen eine in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten geplante Klärschlammverbrennungsanlage und gegen die drohende Verschlimmerung der Lärmbelastung der Bewohner*innen in Oslebshausen. Denn die Nahverkehrszüge der LNVG sollen nicht mehr (wie bisher) in der Nähe des Hauptbahnhofs Bremen abgestellt und gewartet werden. Häfensenatorin Claudia Schilling (SPD), Verkehrssenatorin Maike Schäfer (Grüne), wie auch

Bürgermeister Bovenschulte (SPD) haben mit dem Bahntechnikriesen ALSTOM vereinbart, ca. 15 km vom Bahnhof entfernt eine Bahnwerkstatt zu errichten; und das ausgerechnet an der Reitbrake, auf dem Gelände einer Kriegsgräberstätte, dem damals so bezeichneten „Russenfriedhof“.

All das liegt direkt neben Wohngebieten in Oslebshausen. Die Züge müssten dafür in großem Bogen "leer" durch die Stadtteile Findorff, Utbremen, Osterfeuerberg, Walle, Gröpelingen und Oslebshausen hin- und herfahren. Diese zusätzliche massive Lärmbelastung wäre ein Bruch der Zusicherungen im Koalitionsvertrag.

Unser Mitstreiter in der AG Wohnen und Stadtentwicklung, Dieter Winge, Sprecher der Oslebshauer Bürgerinitiative, hat schon vielfach im Weserkurier und bei buten un binnen dazu Stellung genommen, z.B. hier: <https://www.butenunbinnen.de/videos/oslebshausen-bahnwerkstatt-laerm-dreck-belastung-protest-buergerinitiative-100.html>

500 Mio. für den Hafenausbau in Bremerhaven – Steuergelder als „Spielgeld“ für Global Player?

Unser Mitstreiter in der AG Wohnen und Stadtentwicklung, Wolfgang Vormann, selbst viele Jahre in Bremerhaven beruflich tätig, nimmt hier ausführlich Stellung.

Der Containerumschlag in Bremerhaven findet an einer fast 5 km langen Kaje statt. Die Betriebsgesellschaften Eurogate GmbH & Co.KGaA, NTB (North Sea Terminal Bremerhaven GmbH & Co.) und MSC Gate Bremerhaven GmbH & Co. KG teilen sich das Areal. Große Containerschiffe aus aller Welt landen ihre Boxen an oder nehmen sie hier an Bord. Der Vor- und Nachlauf erfolgt entweder im Straßen-/Schienenverkehr zu den unterschiedlichen Destinationen in Mittel- und Osteuropa oder es wird „gefedeert“; das heißt, die Waren werden auf kleinere Schiffe umgeladen, die dann weitere Häfen im nördlichen Europa oder im Ostseeraum anlaufen. Nur ein geringer Teil des Umschlags erfüllt – im Gegensatz zu Hamburg – die so genannte „Locoquote“; also eine Weiterverarbeitung der Waren erfolgt in der Stadt oder der Region. Das Terminal insgesamt beschäftigt knapp 3000 Menschen und ist damit die Existenzgrundlage für viele Familien in einer an sich strukturschwachen Region.

Stadt, Land und Bund haben immer wieder Geld in den Terminal gesteckt, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Konkurrenzhäfen im Rheinmündungsgebiet zu erhalten, - meist in Form von Erweiterungsbauvorhaben. So ist auch seit letztem Jahr vom Bremer Senat wieder angedacht worden, eine weitere Ausbaufinanzierung mit 170 Millionen Euro zu übernehmen. Und am 26.05.21 meldete der Weser Kurier eine Investitionsbereitschaft von 500 Millionen innerhalb der nächsten 10 Jahre. Neue Containerbrücken (Umschlagkräne) mit über 40 m Auslegerlänge erfordern eine höhere Tragfähigkeit des Untergrundes in den älteren am Südende der Kaje gelegen Bauabschnitten. Weiter soll die Wassertiefe durchgängig auf 13,50 m angepasst werden und der Einsatz von Landstromversorgungen ist geplant. Laut Hafensenatorin Claudia Schilling ist diese Investition unbedingt erforderlich, wenn man die Wettbewerbsfähigkeit des Terminals erhalten will.

Dabei ist das Land Bremen schon mit 50 % am JadeWeserPort in Wilhemshaven beteiligt; und das mit einer 40jährigen Vertragslaufzeit! Dieser verschlingt laufend Unsummen von Geld und ist bisher höchstens zu 30 % ausgelastet. Er ist explizit als Tiefwasserhafen für die größten Containerschiffe der Welt konzipiert. – Was läuft da schief? Dazu muss man ein paar Dinge genauer betrachten.

Welche Unternehmen spielen mit?

Die Infrastruktur des Terminals wird (wie bei allen anderen Hafenanlagen auch) vom Land Bremen bereitgestellt. Planung und Konzeption kommen von der Firma bremenports GmbH & Co. KG, einer ehemaligen Behörde, die heute als weltweit operierendes Konzeptionsbüro arbeitet. Die ehemalige Bremer Lagerhaus Gesellschaft (BLG) – früher der Betreiber des gesamten Hafenumschlags – wurde

in einen global agierenden Logistikdienstleister umgewandelt und heißt heute BLG Logistics Group AG & Co. KG. Die Containerabteilung des Unternehmens schloss sich mit der hamburgischen Eurokai zusammen zur Firma Eurogate.

Große Reedereien drängen aber weltweit darauf, „eigene“ Terminals zu betreiben und sich somit von den Umschlagsgesellschaften unabhängig zu machen. Dies konnte bisher im Land Bremen verhindert werden; aber es kam zu Kompromissen:

- Die dänische Reederei Maersk betreibt mit Eurogate zusammen ein Umschlagsunternehmen unter den Namen NTB,
- die schweizerische Reederei MSC unterhält in Bremerhaven eine Umschlagsgesellschaft MSC Gate, die aber Eurogate-Personal beschäftigt.

Dieses Konstrukt nennt man „dedicated terminals“ und verschleiert den Einfluss von mächtigen, weltweit agierenden Reedereien auf Hafendienstleistungen, die unter dem Schutz nationalen (Sozial-) Rechts stehen sollten.

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang der JadeWeserPort?

Der 2012 von Bremen und Niedersachsen gemeinsam in Betrieb genommene JadeWeserPort (JWP) wurde initiiert, um dem wirtschaftlichen Niedergang einer Region im Nordwesten etwas entgegenzusetzen. Man versprach sich, durch die Einrichtung eines Containerterminals die Ansiedlung von weiteren (Logistik-) Unternehmen zu forcieren. Als spezieller Tiefwasserhafen für die größten Containerschiffe der Welt sollte er den Bremern als eine Ergänzung des eigenen Terminalangebotes präsentiert werden. So wurden Bremer Politiker von der Beteiligung überzeugt. Nun zeigte sich in den vergangenen Jahren, dass die im Vorwege erstellten Gutachten für die Betriebskosten (insbesondere Baggerkosten) zu optimistisch eingeschätzt wurden. So ist das Erhalten der Infrastruktur für beide Bundesländer ein wesentlich teureres Unterfangen geworden. Auch die Ansiedlung weiterer Wirtschaftsunternehmen im Hafenumfeld fand nur sehr verhalten statt. Zu wenig Unternehmen wollten in eine an sich strukturschwache Randregion der Republik gehen, wenn der größte Teil des Containeraufkommens ohnehin in andere Regionen „gefeedert“ werden würde.

Es stellen sich mehrere Fragen:

- Warum konnte Bremen dieses Risiko nicht vorher abschätzen?
- Gab es möglicherweise weitere, öffentlich nicht kommunizierte Gründe für die Beteiligung am JadeWeserPort (JWP)?
- Soll sich das Land Bremen langfristig aus der Unterstützung des JWP zurückziehen? Aus einigen Fraktionen der Bürgerschaft gibt es bereits solche Stimmen.
- Könnte es sinnvoll oder sogar billiger sein, auch Bremerhavener Arbeitskräfte in Wilhelmshaven einzusetzen, bevor man erneut Millionen Euro in die Stromkaje in Bremerhaven investiert?
- Könnte eine bessere Kooperation der drei mit Eurogate verbundenen Betreibergesellschaften in Bremerhaven die Schiffsankünfte sinnvoll auf JWP und Bremerhaven disponieren und damit preisgünstigere und risikoärmere Lösungen herbeiführen?

Wie sieht die Situation im globalen Zusammenhang aus?

Die großen global agierenden Reedereien bestimmen das Geschäft! Mit zunehmender Globalisierung hat der Handel zwischen Europa und Ostasien (insbesondere China) an Bedeutung gewonnen. Durch den Konkurrenzkampf staatlich subventionierter Reeder und multinationaler Konzernreedereien (so genannter „Konferenzen“) sind die Frachtraten auf ein Minimum gesunken. Der Preisdruck der Schifffahrtsunternehmen auf die Hafенbetreiber ist enorm. Nach deren Renditelogik ist die Beschäftigung auf den Vancariern und Brücken (also den Umschlagsgewerken im Containertransport) eine niederwertige Hilfstätigkeit und sollte auch so bezahlt werden. In den bremischen Häfen werden die Beschäftigten aber als Facharbeiter*innen entlohnt. Zugangsvoraussetzung ist in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine erfolgreich abgelegte Zusatzausbildung als Hafенfacharbeiter*in. Durch Schichtzulagen und Tarifabschlüsse ist die Bezahlung im Vergleich zu

entsprechenden Jobs im Binnenland eher hoch. Damit sind auch die Umschlagsentgelte im europäischen Vergleich eher überdurchschnittlich.

Dass die Nachfrage am Bremerhavener Containerterminal dennoch weiterhin groß ist, liegt an zwei Gründen:

1. Die Fehlerquote (Streikanfälligkeit, Fehldisposition, Umschlag-Transportschäden) ist im Vergleich zur europäischen Konkurrenz deutlich niedriger;
2. Reeder wollen sich flexibel halten und setzen darum gerne auf Kontraktanbindungen in mehreren Häfen.

Aber eigentlich geht der Druck der Reeder noch viel weiter. Sie wollen automatisierte, führerlose Umschlaggeräte (so wie in Hamburg Altenwerder). Das macht den Umschlag noch billiger, aber die Seestadt hätte ein weiteres Heer von Arbeitslosen. Bisher konnte man diese Entwicklung abwenden.

Neben der hohen Qualität der geleisteten Arbeit in den Häfen waren es immer auch staatliche Subventionen, die den Umschlagbetrieb konkurrenzfähig machten. Man musste expandieren und hat es auch getan: das Terminal wurde stufenweise ausgebaut. Das Globalisierungswachstum hat bisher den Entscheidern meistens recht gegeben, (vom Sonderfall JWP abgesehen). Abgesehen von der aktuellen Krise und dem daraus resultierenden Rückgang der Umschlagleistung muss man aber auch ein paar weitere Entwicklungen berücksichtigen:

1. Die aktuelle Krise hat in etlichen Wirtschaftsbereichen für Überlegungen gesorgt, ob es überhaupt weiterhin sinnvoll ist, in dem Ausmaß in Ostasien produzieren zu lassen, oder ob man nicht doch lieber wieder Teile der Produktion nach Deutschland zurückholt. Dies würde zumindest für den Import das Transportaufkommen langfristig wieder verringern.
2. China arbeitet an dem prestigeträchtigen Projekt „Neue Seidenstraße“ (One Belt, One Road): eine schienengebundene, transasiatische Transportstrecke, um die Wachstumsmärkte in Ost- und Mitteleuropa seeunabhängig bedienen zu können.
3. Im wirtschaftlich gebeutelten Griechenland hat sich die chinesische Staatsreederei COSCO rechtzeitig in das Containerterminal von Piräus mit 51 % eingekauft. In der Folge ist der Hafen auf Platz 4 der europäischen Containerterminals vorgerutscht, Bremerhaven ist auf Platz 7!
4. Überhaupt setzt man verstärkt auf Mittelmeerhäfen, um aus Asien kommende Güterströme via Suezkanal in das Herz von Europa zu leiten. Genua, Gioia Tauro und vielleicht schon bald auch Koper in Slovenien – um nur ein paar Beispiele zu nennen – verkürzen alle den Handelsweg mit der östlichen Hemisphäre gegenüber der europäischen „Northrange“ (alle Häfen von Antwerpen bis Hamburg).
5. Last but not least sind die „alten“ Konkurrenten, allen voran Rotterdam, schon seit vielen Jahren den deutschen Seehäfen immer eine Nasenlänge voraus. Über die Biskaya kommend kostet es den Schiffen immer mindestens einen teuren Reisetag mehr in die deutsche Bucht einzufahren, statt gleich in Belgien oder den Niederlanden anzulegen. Mit dem niederländischen Bahnprojekt „Betuweroute“, eine Schnellverbindung aus der Region Rotterdam ins Ruhrgebiet, ist es schon vor ein paar Jahren zu einer Attraktivitätssteigerung durch Entlastung des Straßengüterverkehrs gekommen.

Wie sehen die Konsequenzen für die Seestadt Bremerhaven aus?

Nachdem die Stadt Bremerhaven in der längsten Phase ihrer Geschichte immer eine „Boomingtown“ war, hat sie in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts viele wirtschaftliche Sorgen aushalten müssen. Etliche Versuche, neue Wirtschaftszweige anzusiedeln, sind aus den verschiedensten Gründen gescheitert. Die Investitionen in den Tourismusbereich der letzten Jahre scheinen einen leichten Lichtblick zu bilden. Wobei es fraglich bleibt, ob die vielen neuen Hotels der Stadt bei dem primären Ziel „Tagestourismus“ zukünftig ausreichend Kundschaft finden werden; mit Folgen für den Einzelhandel vor Ort. – Es herrscht weiterhin eine überproportionale Abhängigkeit vom Hafengeschäft vor.

Unglücklicherweise zeigt aktuell die Insolvenz des Gesamthafenbetriebsvereins mit geplanter „Sanierung“ durch Entlassungen in welcher prekären Situation die Häfen sind. Die Globalen Player, die an den weltweiten Logistikströmen verdienen, fordern immer wieder Subventionen für höchst riskante Investitionen in die Terminals. Sie bestimmen das Spiel und fordern vom Steuerzahler das „Spielgeld“!

- Wäre das Geld nicht besser in neue Wirtschaftsansiedlungen investiert (etwa im Bereich Forschung und Entwicklung), um sich aus den oben genannten Abhängigkeiten zu befreien?
- Was haben wir Bürger in Bremen davon, uns immer wieder erneut den Fängen der globalen Logistikunternehmen auszuliefern?
- Kann die Politik nicht den Druck auf die Hafentreiber erhöhen, die vorhandenen Kapazitäten in Bremerhaven und Wilhelmshaven besser zu koordinieren?

Die **Aufstehen Bremen AG Demokratie**

(LINK: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-demokratie>)

Die Demokratie AG wurde reaktiviert. Es entwickelt sich eine Zusammenarbeit mit Demokraten und Demokratinnen, die die Folgen des sog. „Infektionsschutzgesetz“ und der damit verbundenen Aushöhlung unserer freiheitlichen Grundrechte (Artikel 1-19 des Grundgesetzes) kritisieren. Einige Bremer Aufsteher ergriffen die Initiative zu einem „Aufruf zum Dialog“, der von insgesamt 29 Erstunterzeichnern unterstützt wurde und (auch überregional) Verbreitung fand und verlinkt wurde. Der vollständige Aufruf ist hier zu finden: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-demokratie/572-bremer-aufruf-zum-dialog>. Im „Aufruf zum Dialog“ heißt es (auszugsweise):

Bremer Aufruf zum Dialog

„An den Kundgebungen beteiligen sich Menschen, von denen viele bisher nicht an Demonstrationen und politischen Manifestationen teilgenommen haben. Sie wurden durch die Maßnahmen des sog. Infektionsschutzes wachsam und politisiert. Sie hegen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit vieler der verordneten Maßnahmen, an ihrem Sinn und an ihrer Verhältnismäßigkeit.

Es fällt auf, dass Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und viele Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzen, Bewegungen gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus und jene, die eine radikale ökologische Transformation fordern, die Anliegen der Protestierenden ignorieren, gegenüber den Protesten auf Distanz gehen oder die Teilnehmer an den Kundgebungen politisch ins Abseits stellen, sie aus dem gesellschaftlichen Diskurs ausgrenzen. (...) Wir fordern die Medien und die oben angesprochenen Institutionen, Organisationen und Bewegungen auf, ihr Verhalten gegenüber den Kundgebungen und den Kundgebungsteilnehmern zu überdenken. Wir erwarten, dass sie ernsthafte Schritte unternehmen, hin zu einem respektvollen und demokratischen Diskurs. (...)“ Der Aufruf wird unterstützt von der Initiative <https://www.bremer-freiheit.org/>

Die **AG Aufstehen für Kinderrechte**

(LINK: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-kinderrechte>)



Hier engagieren sich Eltern und Großeltern für ihre Rechte und die ihrer Kinder und Enkel. Zur Zeit geht es besonders die Verletzung der UN-Kinderrechtskonvention in Kindergärten und Schulen. Wir klären auf über die wissenschaftlich nicht haltbaren Unterstellungen, Kinder wären potentiell tödliche „Virenschleudern“; wie auch über Gesundheitsgefahren, die mit Zwangstestungen, stundenlangem Tragen von Masken und angekündigten indirekten Impfwängen verbunden sind. Eltern und Großeltern machen sich

große Sorgen. Sie haben sich mit Protestbriefen und Aktionen an die Bremer Bildungssenatorin und an die Schulleitungen gewandt und eine Aktion vor der Bremer Bürgerschaft für Kinderrechte und einen freien Impfscheid organisiert.

Ca. 35.000 Kinder unter 18 Jahren müssen in Hartz IV Armut leben, das ist ca. ein Drittel aller Kinder in Bremen. In ca. 16.000 Einelternhaushalten leben 23.000 Kinder in überwiegend prekären Verhältnissen, das ist ca. ein Viertel aller Bremer Kinder! Die meisten dieser Familien halten sich mit schlecht bezahlten Jobs, aufgestockt mit Hartz IV, über Wasser und leben in beengten Wohnverhältnissen. Es fehlen in Bremen ca. 1000 KiTa-Plätze und wer einen Platz ergattert, hat es mit übervollen KiTas und Schulen mit viel zu wenig Fachkräften zu tun. Kinder leiden unter fehlenden Erholungsflächen, Spielplätzen und schlecht ausgestatteten Freizeitheimen, sowie schlechter und teurer Verkehrsanbindung.

All das ist ein Bruch der von Deutschland ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention und des Artikels 25 der Bremischen Landesverfassung, dort heißt es: „Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“

Seit Ende März 2020 (also seit 15 Monaten) tut diese Landesregierung den Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt Gewalt an: Schul-, KiTa- und Spielplatzschließungen, Dauer-Maskenpflicht und Zwangs-Tests u.v.m.. Die Kinder selbst mal über die Verordnungen mitbestimmen lassen? Weit gefehlt. Nun, erst auf Antrag der FDP (!), wurde ein „kleiner Online-Kindergipfel“ einberufen, an dem sage und schreibe EIN Jugendlicher teilnehmen durfte, ansonsten erwachsene „Experten“.

3. Presseerklärungen unter Mitwirkung von Engagierten bei Aufstehen Bremen

Befremden über Auftritt von NATO-Generalsekretär Stoltenberg und Minister a.D. de Maizière beim Kirchentag. Pressemitteilung 14. Mai 2021 - Ekkehard Lentz, Sprecher Bremer Friedensforum
Im Rahmen des dritten Ökumenischen Kirchentages werden vom 13. bis 16. Mai 2021 rund 80 digitale Veranstaltungen gesendet. Erstmals auf einem Ökumenischen Kirchentag vertreten ist NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Wir - Aktive aus der Friedensbewegung - sehen mit großem Befremden, dass der oberste NATO-Repräsentant sein Propagandagift auf einem Kirchentag verstreuen darf und von einem ehemaligen deutschen „Verteidigungsminister“, der für Kriegseinsätze Verantwortung trägt, unterstützt wird.

Die 60-minütige Veranstaltung mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg „Wie gelingt Friedenssicherung in einer unsicheren Welt?“ unter der Moderation von Thomas de Maizière wurde bereits in Frankfurt/M. aufgezeichnet und ist ab Samstag, 15. Mai, online abrufbar.

Der Bundesminister a.D. ist maßgeblich für den 67-seitigen Bericht „NATO2030“ verantwortlich. Die Vorschläge für eine neue NATO-Agenda, die in „NATO 2030“ skizziert sind, stellen nach unserer Auffassung gefährliche Expansionspläne vor, die die Spannungen und die Kriegsgefahr erhöhen werden.

Wir leben bereits heute in einer Zeit zahlreicher Kriege und enormer Aufrüstung. Kriege und Bürgerkriege haben unvorstellbar grausame Folgen. Über das Konstrukt der „nuklearen Teilhabe“ hat sich die Bundesregierung dem Atomkriegskurs von NATO und USA verpflichtet. Der Einsatz von und die Drohung mit Atomwaffen widersprechen gemäß des Rechtsgutachtens des Internationalen Gerichtshofes von 1996 dem humanitären Völkerrecht. Jeder Einsatz von Atomwaffen hätte verheerende Auswirkungen und kann nie gerechtfertigt werden!

Deshalb: Die Kirchen sollten ein Zeichen gegen Kriege, für Frieden und Abrüstung setzen, statt Aufrüstungsbefürwortern und Militaristen ein Podium zu bieten. Im Gegensatz zu den Organisatoren der Veranstaltung, die in ihrer Einladung von der NATO als „Wertegemeinschaft freier demokratischer Staaten“ sprechen, sagen wir, dass die NATO - von Jugoslawien bis Libyen - eine verheerende und

völkerrechtswidrige Politik betrieben hat. Sie trug auch ein verheerendes Denken in die Köpfe der Friedens- und Sicherheitspolitiker, das nur eine Richtung kennt: Aufrüstung. - Wir brauchen stattdessen eine Entmilitarisierung des Denkens. Wir brauchen kooperative Nachbarschaft statt Militarisierung und aggressive Konfrontation, wir brauchen Abrüstung statt Aufrüstung, und wir brauchen faire Handelsbeziehungen statt Ausbeutung des globalen Südens.

Reiner Braun (Berlin), Kristine Karch (Düsseldorf), Ekkehard Lentz (Bremen), Pascal Luig (Berlin), Karl Heinz Peil (Frankfurt/M.), Prof. Dr. Werner Ruf (Kassel), Bernhard Trautvetter (Essen), Willi van Ooyen (Frankfurt/M.)

Aufstehen Bremen gegen Personalabbau bei der GENO

Bremer Landesgruppe der Sammlungsbewegung ruft zur Unterstützung der Online-Petition auf; 10.02.2021. Die Bremer Landesgruppe der Sammlungsbewegung Aufstehen ruft zur Unterstützung der Online-Petition gegen den Personalabbau bei dem kommunalen Klinikverbund in Bremen, Gesundheit Nord (GENO) auf. Die Geschäftsführung kündigte harte Einschnitte an: 440 Vollzeitstellen sollen in den nächsten drei Jahren abgebaut werden, davon jetzt unmittelbar 90 Vollzeitstellen vor allem im ärztlichen Bereich. Auch der Rot-Grün-Rote Senat und die Gesundheitssenatorin und Aufsichtsratsvorsitzende der GENO, Claudia Bernhard, stimmen dem Personalabbau zu - und das mitten in der Pandemie. Die Petition des "Bremer Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus" kann hier aufgerufen werden:

<https://www.openpetition.de/petition/online/krankenhauspersonal-entlasten-nicht-entlassen>

Wikileaks-Gründer Assange wird nicht in die USA ausgeliefert. Ein Londoner Gericht hat heute (04.01.2021) einen entsprechenden Antrag abgelehnt. Richterin Baraitser lehnte trotz Unterstützung der US-Argumente das Auslieferungsersuchen der USA gegen Julian Assange wegen drohender Selbstmordgefahr in einem US-Gefängnis ab.

Aufstehen Bremen und das Bremer Friedensforum begrüßen die Ablehnung der Auslieferung: "Diese erstaunliche Entscheidung war nicht zu erwarten. Wir freuen uns für Julian Assange und seine Familie. Das Urteil ist aber kein Grund zum Feiern für die Pressefreiheit, weil es der Kriminalisierung des investigativen Journalismus zustimmt.

Die Welt verdankt Assanges Enthüllungen einen Schatz von Detailinformationen über Drohnenangriffe auf Zivilist*innen, über Folter und über andere Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan, im Irak und im Internierungslager Guantánamo. Unsere Forderung bleibt: Julian Assange muss sofort freigelassen werden! Dafür werben wir weiterhin bei unseren wöchentlichen Mahnwachen donnerstags in Bremen." Ekkehard Lentz, Sprecher Bremer Friedensforum

4. Persönliche Statements und Einschätzungen einiger bei #aufstehen Bremen Engagierter nach den Ereignissen der letzten Monate (in der Reihenfolge ihres Eingangs)

Beitrag von Rodolfo Bohnenberger



Das BVerfG Urteil brachte den Berliner Mietendeckel zu Fall - das soll Demokratie sein ?

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. März, veröffentlicht am 15.04.2021 (1), das den Berliner Mietendeckel vom 23. Februar 2020 zu Fall gebracht hat, ist eine handfeste Niederlage für alle Mieter nicht nur in Berlin, denn in anderen Bundesländern wurden ähnliche Initiativen vor den Kopf gestoßen. Die Verdrängung von einkommensärmeren Mieter:innen aus ihren

Wohnbezirken (in Berlin und woanders) wird sich nun weiter verschärfen, die Mieten ungezügelt in unbezahlbare Höhen steigen; mit brutalen Konsequenzen für die Mehrheit, insbesondere für Ältere, für Kinder und Familien. Deren elementare soziale Netzwerke, KiTa- und Schulanbindung und gewachsene Versorgungsstrukturen brechen weg und die Klassenspaltung manifestiert sich noch gravierender in segregierten Stadtteilen. Bremen kann davon ein trauriges Lied singen.

Die von der Immobilienlobby herbeikonstruierte Begründung, im Klageverfahren vor dem BVerfG politisch vertreten durch CDU und FDP, die sich nun im BVerfG Urteil wiederfindet, ist abstrus. Ein Bundesland hätte angeblich kein Recht über solche Dinge zu entscheiden, weil das Bundessache wäre. Aber hatte nicht der Bund große Teile der Zuständigkeit für das Wohnungswesen im Rahmen der Föderalismusreform I im Jahr 2006 den Ländern übergeben, und sich damit auch geschickt aus der Bundesfinanzierungspflicht dafür verabschiedet? (2)

Ein von den Abgeordneten in Berlin in einem geordneten parlamentarischen Verfahren demokratisch beschlossenes Gesetz wurde durch ein rechtsexpertokratisches Bundesverfassungsgericht, einer "Juristokratie", nichtig gemacht. Das wirft offensichtliche Fragen auf zum Zustand unserer "Demokratie" und der darin amputierten Volkssouveränität. Bei Ingeborg Maus finden wir historische und demokratietheoretische Ausarbeitungen dazu. Maus plädiert dafür, uns neu- und rückzubedenken auf einige Demokratiekonzepte der revolutionären Demokraten der Aufklärung im 18. Jh., z.B. auf Sieyes, Rousseau, Kant und andere.

"In jeder Verfassung, die sich überhaupt auf das Prinzip der Volkssouveränität beruft, ist das Volk durch seine Funktion eindeutig bestimmt: Es ist als Gesetzgeber GEGENSPIELER der gewalthabenden (exekutivischen und judikativen) Staatsapparate." Maus, Ingeborg (2011): Über Volkssouveränität. Suhrkamp, 2. Auflage 2019

Raffiniert haben es herrschende Mächtigkeiten und ihnen dienende Staats- und Verfassungsrechtler (Carl Schmitt und viele andere) in über 100 Jahren geschafft zu verschleiern, was wahre Volkssouveränität und Demokratie überhaupt ist; und wie wenig die Inthronisierung eines „vormodernen Naturrechts“ (Maus) in Gestalt eines sich anmaßenden Bundesverfassungsgerichts damit zu tun hat.

Die bundesweite Mieterbewegung täte gut daran, ihre bisherige Strategie zu überdenken. Der Neubeginn ist gar nicht so neu, er läuft schon länger in Berlin mit der Bewegung für ein Bürgerbegehren aufbauend auf Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes: "Deutsche Wohnen & Co enteignen"! Etwa 240.000 Wohnungen von Immobilienkonzernen werden danach in Berlin vergesellschaftet (mit einer Entschädigung, deren Höhe politisch umstritten ist). Viele Wohnungen waren vorher schon in Kommunalbesitz und wurden unter Finanzsenator Sarrazin in Berlin und einer SPD/PDS Landesregierung privatisiert. - Als neue Trägerin des Gemeineigentums soll nach dem erfolgreichen Volksentscheid am 26.09.2021 eine Anstalt des öffentlichen Rechts unter dem Namen "Gemeingut Wohnen" entstehen. Mit den Erträgen aus der Bewirtschaftung des Gemeineigentums werden die aufgenommenen Kredite zurückgezahlt. Gewinne dürfen nicht ausgeschüttet werden. Spekulanten gehen leer aus und die gebündelten Wohnimmobilien dürfen anschließend nicht auf eine andere natürliche oder juristische Person übertragen werden.

BREBAU ist eine GmbH, GEWOBA ist eine Aktiengesellschaft und als AG schüttet sie jährlich Millionen Euro Dividenden an die 24,9% Anteilseigner (Banken) aus! Und das herrschende Parteienkartell hat selbst gutbezahlte Vertreter in den Vorständen sitzen, die dort unter Schweigepflicht stehen. Warum werden Brebau und Gewoba nicht in demokratisch kontrollierte Gesellschaften Öffentlichen Rechts überführt?

Wie kam es überhaupt zu der Mietendeckel Initiative ?

Sie war eine Reaktion auf eine starke (nicht nur Berliner) Bewegung für die Vergesellschaftung von großen Wohnungskonzernen, mit Zustimmungswerten von über 50% in Berlin! Der ohnehin nur 5-

jährige Mietendeckel endete so, wie von den machtelitären Strategen angestrebt: Ein Jahr lang lag das BverfG-Urteil in der Schublade und wurde nun, nachdem alle im Ausnahmezustand niedergeschlossen wurden, punktgenau terminiert vor den Bundestagswahlen, medienwirksam präsentiert. Ein wahlkampfaktisches Manöver von CDU und FDP in Kooperation mit den im Hintergrund lobbyierenden Wohnungskonzernen und Kapitalinvestoren. Hervorstechend ist dabei Black Rock (Ex Deutschland Chef: Friedrich Merz) mit weltweit 9 Billionen Anlage suchendem Kapital, u.a. stark investiert in den gerade fusionierenden „Deutsche Wohnen & Vonovia“. Und nun feiert der regierende Berliner Bürgermeister (Michael Müller, SPD) den Deal auch noch als „tollen“ Coup für die Stadt? Black Rock als Segen für Berlin? Diese SPD-Führung schliddert auf diesem Irrweg unaufhaltsam in die völlige Bedeutungslosigkeit.

Für das Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungskonzerne in Berlin müssen bis zum 25. Juni mindestens 175.000 gültige Unterschriften vorgelegt werden, damit parallel zu den Wahlen am 26. September der Volksentscheid stattfinden kann. Fast 200.000 Unterschriften lagen bis 30. Mai vor. Der Unterschriften-Sammel-Endspurt läuft, und da erfahrungsgemäß ca. 1/3 als ungültig eingestuft werden, sollen es 240.000 werden. Tausende Berliner Aktivisten leisten Hervorragendes. Hier kann bundesweite Unterstützung wirklich helfen, und natürlich nachahmende Initiativen in anderen Bundesländern. Also: Volksentscheide müssen her !

Allzu durchsichtig wirken die Wahlkampfmanöver, die die Protestenergie nun auf ein bundesweites Mietenstopp-Gesetz lenken wollen, das wiederum nur auf wenige Jahre begrenzt sein würde und am Grundübel nichts ändern würde. Die Volksentscheid-Initiative "Deutsche Wohnen & Co enteignen" verdient unsere volle Unterstützung und Nachahmung, mehr Infos unter:

<https://www.dwenteignen.de/warum-enteignen/>

Exkurs: Wohnungs-, Energie- und Wasserkonzerne in Bremen und der BREBAU-Skandal

Der durch die Medien seit Mai 2021 wabernde "Brebau-Skandal" in Bremen ist ein Symptom demokratisch nicht kontrollierbarer Eigentums- und Rechtsformen, die nicht den Bürgern dienen. Redet bei aller Aufregung über die nun aufgedeckte Diskriminierung (siehe Senatspresseerklärung) noch irgendeiner darüber, dass wir in Bremen viel zu wenig leistbare Wohnungen (definiert als unter 30% des Einkommens) haben, und deshalb seit Jahrzehnten ein fortwährendes "Hauen und Stechen" um die Restbestände an bezahlbaren Sozialwohnungen haben? Wer spricht noch davon, dass wir 1989 ca. 80.000 davon hatten und die meisten davon den vier kommunalen Wohnungsunternehmen gehörten? Nachdem die Wohnungsbestände der „Bremischen Gesellschaft“ und der „Beamtenbau“ auf Beschluss des Bremer Senats verscherbelt wurden, landeten sie über Heuschrecken-Umwege in den Händen von Konzernen wie Vonovia & Grand City Property.

Die RGR Regierungskoalition in Bremen feiert das anvisierte Ziel, ca. 8.000 Sozialwohnungen in Bremen zu halten und darüber hinaus ausreichend (!) bezahlbare Wohnungen zu schaffen? Welche Schönfärberei! Laut einer Studie der Hans Böckler Stiftung vom April 2018 fehlen in Bremen über 54.000 bezahlbare Wohnungen, in Bremerhaven 10.000. (3) Und warum ziehen, von der Arbeitnehmerkammer dokumentiert, junge Familien seit Jahren ins Bremer Umland?

Die vielen richtigen Stellschrauben, wie z.B. Wohnraum-Schutzverordnungen, Vorkaufsrechte, kleine Genossenschaftsprojekte, Anhebung der sog. „Sozialbindung“ auf 30 Jahre reiche vorn und hinten nicht. Die Landesregierung rühmt sich ihrer, aber den negativen Gesamttrend des Rausfallens aus der Sozialbindung, der Mietpreisexplosion und der Gentrifizierung über teuren Neubau, also der Verdrängung der Einkommensärmeren aus stadtzentralen Bezirken, können sie damit nicht umkehren.

Wo ist die Wende in der Bodenpolitik? Warum wird die Privatisierung unseres kommunalem Bodens (wie auf dem St. Jürgen Krankenhausgelände) nicht gestoppt. Warum wird nicht auf eigene kommunale Bautätigkeit gesetzt und bei Fremdvergabe kommunalen Grundbesitzes an andere, das

Beitrag von Wolfgang Vormann

Welche Qualität hat die von uns bezahlte Information der öffentlich rechtlichen Nachrichten noch?

Die Tagesschau der ARD informiert ohne zu lügen. Vermutlich alle anderen Fernsehsender und Rundfunkanstalten, die als öffentlich rechtliche Einrichtungen dem Rundfunkstaatsvertrag beigetreten sind, auch. Die Tagesschau verzichtet nicht nur auf's Lügen sondern informiert auch „vielseitig“ und „ausgewogen“. Dafür zahlen wir den Rundfunkbeitrag; und zwar als „Pflichtbeitrag“ (sofern man nicht durch soziale Benachteiligung davon befreit werden kann). Ist ein Staat, dessen Souverän das Volk ist, nicht sowieso verpflichtet, eben diesen Souverän ehrlich, vielseitig und gleichberechtigt zu informieren? – Die Produktion von Nachrichtensendungen kostet Geld, und damit bestimmte Gruppen der Wirtschaft sich nicht diese Produktion einverleiben, muss der Souverän eben die Produktionskosten tragen. Offensichtlich – aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen – geht das nicht mit Steuermitteln. Man sagt, damit haben wir es „besser“ als beispielsweise die USA, in denen es nur Privatsender gibt. Man sagt, „Fox News“ sei Trumps Lieblingssender gewesen, weil dieser die Nachrichten aus dem Weißen Haus immer so dargestellt hat, wie der Präsident es wollte. – Wir zahlen also unseren Rundfunkbeitrag, damit unsere Regierung keine Möglichkeit hat, die Wahrheit über die öffentlich rechtlichen Medien zu manipulieren.

„Wahrheitsgemäß, vielseitig und ausgewogen; das ist die ureigenste Aufgabe von Presse.“ und „Wir geben denen eine Stimme, die sonst kein Gehör finden.“ Das sind Zitate aus der Eigenwerbung der ARD, die bis vor kurzem fast allabendlich zur besten Sendezeit gebracht wurde.

Zugegeben: Ich stelle es mir ziemlich schwer vor, in einer pluralistischen Gesellschaft diesem Anspruch gerecht zu werden. Dennoch habe ich das subjektive Gefühl, dass die objektive Berichterstattung wie im Rundfunkstaatsvertrag vereinbart, deutlich an Qualität verliert. Ein Beispiel dazu:

Vor der kürzlich vereinbarten Waffenruhe im Nahostkonflikt berichtete die Tagesschau an mindestens drei aufeinanderfolgenden Tagen, dass die Konfliktparteien auf beiden Seiten erhebliche Angriffe verübt haben. Es wurde nicht verschwiegen, dass es auf Seiten der Israelis zu knapp 20 Toten gekommen ist während bei den Palästinensern rund 200 Todesopfer waren. Es ist im Sinne der Berichtsneutralität möglicherweise noch statthaft zu verschweigen, dass es sich bei den Opfern im Gazastreifen zu rund einem Drittel um Kinder handelt. Allerdings klingt die Bemerkung, dass es „gezielte Tötungsoperationen gegen führende Köpfe der Hamas“ waren, nicht mehr wirklich überzeugend, wenn im begleitenden Bildmaterial mehrstöckige Wohnhäuser gesprengt wurden. Die gezielte Meinungsmanipulation fand nach meinem Empfinden dann aber jeweils im Anschluss statt. An allen drei Berichtstagen wurde unmittelbar nach den Bildberichten aus Nahost – ohne Zwischenmoderation – darauf aufmerksam gemacht, dass es in Deutschland steigenden Antisemitismus gäbe. Es wurde immer wieder erwähnt, dass in der Vorwoche irgendwo in Deutschland irgendwelche Idioten Steine auf eine Synagoge geworfen hätten und es zum Verbrennen von Israelflaggen gekommen wäre. Um es klar zu sagen: Das Bewerfen von sakralen Bauten mit Steinen ist überall auf der Welt ein zu verurteilender Frevel; und das Verbrennen von Nationalflaggen verbietet sich ebenfalls. Auffallend ist in dieser Abfolge der Berichterstattung die visuelle Verknüpfung von Davidsternen in der einen und in der dann folgenden Mitteilung. Im Unterbewusstsein mancher Zuschauer*innen wird das Töten von 200 Menschen im Gazastreifen an eine – möglicherweise tatsächlich eskalierende aber doch sehr viel harmlosere - Judenfeindlichkeit in Deutschland gekoppelt.

Es scheint so, als müsse man dem Zuschauer doch noch irgendwie suggerieren, wer im Nahostkonflikt eigentlich die „Guten“ und wer die „Bösen“ sind. Soweit mir bekannt ist, war der Auslöser der

Eskalation die aggressive Siedlungspolitik in Ost-Jerusalem. Der israelische Premierminister Netanjahu ist ein rechtskonservativer, korrupter Machthaber – wie es so viele auf der Welt gibt; auch in den so genannten westlichen Zivilisationen. Sein Land wird jährlich mit Milliarden von US-Steurgeldern unterstützt, um im Gegenzug Waffen in den Vereinigten Staaten einzukaufen. Und auch Deutschland liefert Waffen an Israel, in ein offensichtliches Konfliktgebiet. Unseren Machteliten ist es wohl stets wichtig zu betonen, wie sehr die USA „unsere Partner“ seien und deren Freunde seien auch unsere Freunde. Die „Bösen“ sind dann die anderen! - Wobei ich die fundamentalistisch orientierte, radikale Hamas selbstverständlich ebenfalls als kriegstreibend verurteile.

Ich könnte mir vorstellen, dass die Objektivität und die Diversität der Nachrichtensendungen schon von Anfang an, seit es den Rundfunkstaatsvertrag gibt, ein kontroverses Thema war. Auch die Kritik, ARD und ZDF würden regierungskritische Meinungen unterdrücken, ist nicht neu. Meine persönliche Wahrnehmung zeigt mir aber, seit internetgestützte Nachrichten hier Konkurrenz machen, ist der Auftrag, „denen eine Stimme zu geben, die sonst kein Gehör finden“, immer weniger relevant.

Auch dazu ein Beispiel: In unserem Regionalmagazin „buten un binnen“ gibt es in den Wochenendausgaben immer mal wieder so genannte „Zeitreisen“. Dann werden zu irgendeinem gerade passenden Thema alte Beiträge aus der eigenen Klamottenkiste geholt und noch einmal gesendet – nach dem Motto „Ach wissen sie noch? Damals?“ Das Auffällige dabei: In den 80er und 90er Jahren war die Sendung ein hochkarätiges Nachrichtenmagazin! Christian Berg, Michael Geyer und Andreas Hötzel haben beim Befragen von Politikern und Wirtschaftsleuten kein Blatt vor den Mund genommen. Kein Eisen war zu heiß, um nicht angefasst zu werden. Und heute? Lokalpolitik wird sehr moderat gesendet; die Sendungen werden mit Feuilletonbeiträgen gefüllt – Fernsehen für kleine Leute über kleine Leute!

Und zur Berichterstattung über die Kritiker der staatlichen Maßnahmen zu „Corona“ in unserer Stadt, die ja nun im letzten Jahr beinahe wöchentlich auf sich aufmerksam gemacht haben, gab es nur sehr sporadische Beiträge unter dem Tenor: „Das sind Leute, die wir in diesen kritischen Zeiten auch mitnehmen müssen“ (sinngemäßes Zitat des Studiomodulators). So als ob es arme, zu bedauernde Verblendete sind, die die Vernunft der offiziellen Sichtweise nicht annehmen wollen. Man muss ihnen helfen und sie durch „noch mehr Aufklärung“ auf den „rechten Pfad“ bringen.

Die Rundfunkanstalten der ARD und das ZDF sind zugegeben in einer schwierigen Position. Sie müssen sich gegen den Druck der Machteliten positionieren und sie müssen einem höheren Qualitätsanspruch gerecht werden als Privatsender. Und das in einer Zeit, in der immer größere Teile der Bevölkerung es vorziehen, sich mit seichter Unterhaltung einlullen zu lassen. Politisch interessierte Menschen greifen auf die so genannten „alternativen Medien“ zurück, wie zum Beispiel die „Nachdenkseiten“ im Internet. Das sollte eigentlich in unserer Gesellschaft nicht nötig sein; ist es aber! Da gibt es hart arbeitende Journalist*innen, die auf die freiwillige Bezahlung ihrer Nutzer angewiesen sind.

Manchmal nervt mich auch die Ignoranz meiner Mitbürger*innen zu diesem Thema. Sie wollen gar nicht objektiv informiert werden. Leider ist es nach meiner Wahrnehmung so, dass dieses Phänomen keine Frage des Bildungsgrades ist. Die Ignoranz geht durch alle Teile der Bevölkerung – Das lässt mich auch immer wieder an Aldous Huxley denken, siehe mein Beitrag hier: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/pages/interessante-texte/629-aldous-huxleys-schoene-neue-welt-eine-fruehe-warnung-oder-nur-eine-sf-geschichte-von-damals>)

Dennoch; ich werde weiterhin meinen Rundfunkbeitrag zahlen. Eine Zahlungsverweigerung würde am Problem nichts ändern. Immerhin gibt es abgesehen von den Nachrichten noch ein paar andere Qualitätsunterschiede zwischen Privatsendern und öffentlich rechtlichem Rundfunk: Unterhaltung auf einem gewissen Niveau kann man wohl offensichtlich nur noch machen, wenn man nicht (ausschließlich) von Werbeeinnahmen und Einschaltquoten abhängig ist. Für mich persönlich bedeutet

das beispielsweise: Wo kann ich ab und zu eine Übertragung eines klassischen Konzertes hören und sehen? Oder wo kann ich mir Filme anschauen, die cineastisch interessant sind? Und die Angebote des Online-Content-Netzwerkes FUNK (was auch aus Rundfunkbeiträgen finanziert wird) sind auch teilweise durchaus sehenswert.

Interview mit Rudolph Bauer

#aufstehen und Widerstand

Unser Interview-Partner Rudolph Bauer ist Politikwissenschaftler. Als Professor war er von 1972 bis 2002 tätig an der Universität Bremen, die aktuell den 50. Jahrestag ihrer Eröffnung feiert. Im Gespräch geht es um Bauers kritische Einschätzung der Regierungsmaßnahmen um die Corona-„Pandemie“ im Kontext der deutschen Geschichte. Als Professor für Wohlfahrtspolitik und Soziale Dienstleistungen hat er sich mit den Strukturen und der Geschichte des Nazifaschismus und seiner Sozialpolitik befasst. Seine Beurteilung der Gegenwart ist wesentlich mitgeprägt von den Beobachtungen der politischen Auswirkungen des NS-Totalitarismus im autoritären Nachkriegs-Westdeutschland.

Rodolfo Bohnenberger: Du vergleichst die Situation im Jahr 2021 mit der im Hitler-Faschismus, woran machst du das fest?

Rudolph Bauer: In der Literaturwissenschaft gibt es das Fach Komparatistik. Es behandelt die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Literaturen verschiedener Kulturen in grenzüberschreitender Perspektive. Ein Vergleich der heutigen politischen und ökonomischen Situation mit der Zeit vor und nach 1933 hat ebenso vorzugehen und einerseits die Unterschiede anzusprechen, andererseits aber auch die Gemeinsamkeiten. Die Unterschiede liegen auf der Hand: Oberflächlich betrachtet gibt es keinen „Führer“, keine SA und SS, kein Reichspropaganda-Ministerium, keine Verordnung zur Gleichschaltung von Vereinen und Verbänden, kein Verbot von Gewerkschaften und linken Parteien, keine Konzentrationslager. Sieht man aber genauer hin und kritisch, dann erkennt man Parallelen struktureller Art: Es gibt auch heute eine weitgehende Gleichschaltung von Parteien, Gewerkschaften und Medien. Ihr Hass und ihre Hetze gegen den Feind im Inneren – etwa die Querdenken-Bewegung – und den Feind im Außen – Russland und China – führt zu einer zugespitzten Militarisierung sowohl der Gesellschaft nach Innen als auch der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Polizei ist hochgerüstet im Einsatz, der Verfassungsschutz im Verbund mit Big Data besorgt die Bespitzelung, alternative Medien werden unterdrückt, kritische Meinungen gelöscht. Auf der anderen Seite dominiert die herrschende Meinung der Öffentlich-Rechtlichen und Privaten, der Regierungs-Virologen und bestimmter Medizinfunktionäre. Kritische Anwältinnen und Anwälte, Lehrerinnen und Lehrer, Ärztinnen und Ärzte werden bedroht.

Ist ein Werk wie die „Nazi Doctors“ des Psychiaters Robert Jay Lifton deshalb heute so aktuell?

Der US-Amerikaner Lifton – bezeichnender Weise kein deutscher Historiker – hat die Rolle der Medizin und der Mediziner in der Zeit des Nazi-Faschismus wissenschaftlich untersucht: ein sehr dunkles Kapitel der deutschen Medizingeschichte. Es umfasst die Beteiligung von Ärzten, Kliniken und Medizinischen Uni-Fakultäten an der Ausgrenzung der jüdischen Kollegen, an der „Ausmerzung“ der sog. Lebensunwerten, der Behinderten und psychisch Kranken. Lifton erinnert an die Rolle der Medizintechnokraten bei der „arischen Volkskörperpflege“ und bei den äußerst brutalen, oft tödlichen Menschenversuchen in den Konzentrationslagern.

Was erinnert dich an die Nazi-Hetze gegen Juden, Kommunisten, Sinti und Roma, Homosexuelle und Zeugen Jehovas?

Deine Frage macht einen wichtigen Unterschied deutlich, aufgrund dessen es für die große Mehrheit der Menschen undenkbar und unvorstellbar ist, zwischen dem Heute und dem Damals eine Parallele

zu ziehen. In der Tat wiederholt sich Nazi-Deutschland nicht eins zu eins in Corona-Deutschland. Am deutlichsten ist der Unterschied beim Antisemitismus. Er ist heute verpönt, damals war er Teil der Herrschaftsideologie. Die Regierung gibt vor, ihn entschieden und in jeder Form zu bekämpfen – was sogar soweit geht, jede Kritik an der Vertreibungspolitik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern als sog. „israelbezogenen Antisemitismus“ zu diffamieren. Sie droht mit Strafen, und es gibt eigene Antisemitismus-Beauftragte als eine Art Schnüffelagenten. - Oder: Der Paragraf 175 ist abgeschafft, die gleichgeschlechtliche Partnerschaft ist legalisiert. Für Toleranz gegenüber Sinti und Roma wirbt die Soros-Stiftung. Das sind einige Beispiele dafür, was heute anders ist und den Blick verstellt für die Parallelen. Political Correctness, Black Lives Matter und Refugees Welcome suggerieren Diversität und Toleranz, doch dahinter breitet sich ausgrenzende Intoleranz aus. Wir beobachten gleichzeitig Demokratiefeindschaft, menschenverachtende Hetze, gehässige Vorurteile, anmaßende Vorverurteilungen, verächtliche Anmache, Mobbing, beleidigende Schimpfworte wie z.B. Covidioten, Esoteriker, Verschwörungstheoretiker usw.

Du sprichst vom Paradigma der Intrige. Was meinst du damit genau, warum sollten wir uns das vergegenwärtigen?

Das Intrigen-Paradigma geht im Unterschied zum Verschwörungsnarrativ nicht von einer heimlichen Verschwörung einer kleinen Gruppe mächtiger und einflussreicher Personen in Politik und Wirtschaft aus. Solche „Verschwörer“ agieren zwar auch, sie sind aber nicht alleinig ausschlaggebend. Entscheidend sind vielmehr zum einen die erkennbaren Interessen und Sachwalter der kapitalistischen Ökonomie im Umbruch, und zum anderen die verantwortlichen Figuren und Gliederungen im Bereich der Politik. Gegenüber der Gesamtbevölkerung vollstrecken letztere mit Hilfe von autoritären Gesetzen, „Not“-Verordnungen und „Schutz“-Maßnahmen das, was ich den Vollzug der Corona-Intrige nenne.

Wer sind Deiner Meinung nach die Intriganten, und was oder wen benutzen sie dazu, die Intrige zu vollstrecken?

Die intriganten Akteure im Hintergrund sind meines Erachtens die global aufgestellten Unternehmen der imperialistischen Ökonomie, nicht zuletzt die weltweit agierenden Finanz-, Digital-, Bio- und Pharmaunternehmen. Ihr Einfluss und ihre Wirkungsmöglichkeiten sind für die Bevölkerung teils schwer durchschaubar, teils aber auch unfassbar im doppelten Wortsinn: Sie können weder exakt erkannt, benannt und erfasst werden, noch ist der normale Menschenverstand darin geübt, die Wirklichkeit in ihrem komplexen Gesamtzusammenhang zu durchschauen und sowohl intellektuell als auch moralisch zu erfassen. Der Zusammenhang von Intrige, Intrigenvollzug und Intrigenopfer übersteigt bei den meisten ihr ans „Normale“ gewöhnte Auffassungs- und Vorstellungsvermögen. Die meisten denken: Das kann doch nicht wahr sein. Wenn jemand die Zusammenhänge aufzeigt, sagen sie, was ich auch schon erlebt habe: „Der spinnt.“

Die Maßnahmenkrise rund um Covid-19 ist selbst nur ein Symptom, aber nicht die Ursache. Welche tieferen Ursachen siehst du und welche Akteure nutzen die sog. "Pandemie" für ihre (globalen) Zwecke?

Die Frage ist eigentlich schon beantwortet: Die tiefere Ursache dessen, was wir seit 2020, im Prinzip schon seit der Bankenkrise 2008 erleben, ist die globale Krise der Weltwirtschaft und die Notwendigkeit einer ökonomischen Umwälzung. In dieser Situation kommt die schockstrategisch ausgelöste Panik angesichts einer weltweit beobachtbaren Viruserkrankung geradezu wie gerufen. Die Aktienkurse der Pharma- und Digitalkonzerne steigen und steigern sich ins Unermessliche. Viele Dienstleistungs- und Kulturbetriebe, Einzelhandelsgeschäfte und Teile des sog. Mittelstandes sind existenziell bedroht und gehen in Insolvenz.

Welche unabhängigen Studien bräuchten wir über das Geschäftsmodell von Bill Gates und ähnlicher Stiftungen?

Die Bill & Melinda Gates Foundation ist eines von vielen Beispielen der Einflussnahme privater Einzelner auf Politik und Medien. Die milliardenschwere private Gates-Stiftung finanziert einen Großteil des Haushalts der von den Staaten der UNO gegründeten Weltgesundheitsorganisation WHO. Sie „fördert“ (in Anführungszeichen) die Medien; in der Bundesrepublik z. B. den „Spiegel“ und „Die Zeit“. Darüber hinaus investiert der Multimilliardär Gates mit Gewinnabsicht in Landkauf, landwirtschaftliche Maschinenbetriebe, Pharmaindustrie und Chemieriesen wie Monsanto. Die medial gefeierten philanthropischen Unternehmungen von Gates lenken ab von seinen geschäftlichen Gewinninteressen. Ähnliches lässt sich auch von anderen Stiftungen sagen, in der Bundesrepublik etwa von der Bertelsmann-Stiftung. Die Geschäftsmodelle der Reichen und Superreichen sowie die hintergründigen Zusammenhänge, bei denen auch Wissenschaft eine große Rolle spielt, zu durchleuchten, bedürfte es unabhängiger kritischer und international vernetzter wissenschaftlicher Untersuchungen und einer Politik, die daraus Lehren zieht.

Kannst du der Einschätzung zustimmen, dass die nun beginnende Hereinnahme der überhaupt nicht von Covid-19 betroffenen Kinder in eine Impf-Notzulassungs-Kampagne diese letztlich zu Versuchskaninchen für eine experimentelle, genbasierte Behandlung macht?

Diese Einschätzung teile ich voll und ganz. Was Einzelheiten betrifft, müsste ich allerdings ins Detail gehen, um das Verbrecherische dieser Kampagne aufzuzeigen. Ich bin kein Virologe und verweise in dem Zusammenhang deshalb auf die Aussagen von Wolfgang Wodarg und Sucharit Bhakdi. Klar ist aber auch, dass hier Herr Spahn, der Bankkaufmann, Pharma-Lobbyist und Gesundheitsminister, seine Finger mit im Spiel hat. Immer noch verschließt die große Mehrheit, verschließen Parteien, Medien, Kirchen, Lehrer- und Ärzteschaft, auch viele Eltern noch, ihre Augen vor den Motiven und den nicht hinreichend erforschten Folgen und Langzeitwirkungen.

Mit welchen kommenden Entwicklungen müssen wir in 2021 rechnen? Welche Möglichkeiten und Perspektiven hätten die vielfältigen Widerstandsbewegungen?

Diese Frage zu beantworten, ist eine große Herausforderung. Zunächst einmal müssen wir – bezogen auf Deutschland – feststellen, dass die allgemeine Stimmung der Bevölkerung im zweiten „Pandemie“-Jahr 2021 große Ähnlichkeiten hat mit dem zweiten Jahr der Nazi-Herrschaft 1934. Wenn wir uns in die seinerzeitigen geheimen Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei (Sopade) vertiefen, lesen wir: „Überhaupt ist es bemerkenswert, dass fast alle Menschen in Deutschland heute nur über einen ziemlich engen Beobachtungs- und Erfahrungskreis verfügen und nur selten die allgemeinen Zusammenhänge überblicken.“ So ist es leider auch heute. Ich hoffe freilich, dass es nicht wie unter den Nazis zwölf Jahre dauert, bis der Spuk ein Ende hat. Ich wünsche uns, dass sich neue Verbündete finden, die den aktuellen Widerstand hierzulande unterstützen – einen Widerstand, den wir unbedingt befürworten und fördern sollten: #aufstehen und Widerstehen!

Beitrag von Ekkehard Lentz

Ich möchte auf folgende friedenspolitische Themen und Aktionen hinweisen:

0) Bitte beteiligt euch an diesen drei Petitionen im Petitionssystem der Bremischen Bürgerschaft (bis 16.07. kann dort online mit-gezeichnet werden):

[S 20/203 - Keine Bahnwerkstatt in Bremen-Oslebshausen](#)

[S 20/204 - Schaffung einer „Grünen Pufferzone“ in Oslebshausen](#)

[S 20/205 - Einrichtung einer NS-Zwangsarbeiter:innen Gedenkstätte in Bremen-Oslebshausen](#)

1) FCAS STOPPEN!

Hinter FCAS (Future Combat Air System) verbirgt sich ein Rüstungsprogramm, das verschiedene Waffensysteme vereint und ein weiterer Schritt in Richtung vernetzte und automatisierte Kriegsführung ist. Schreibe den Abgeordneten in deinem Wahlkreis jetzt eine Protestpostkarte über unsere Aktionswebsite! Wir brauchen keine neuen Kampfflugzeuge, die vernetzt sind mit autonomen Kampfdrohnen! Infos: <https://www.lobbying4peace.de/nein-zu-fcas?fbclid=IwAR2m-LE9H8-if5YOvOLa7F991pmKLMpb6iOSpZmA0aWpAagnxsXHxogrmDg>

2) Bitte unterzeichnen: "**Kein kalter Krieg mit Russland – Hör auf damit!**"

Den Appell der Zivilgesellschaft anlässlich des 80. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 haben in angespannten Zeiten bereits mehrere Bremerinnen und Bremer unterschrieben: "Mit Sorge und Empörung nehmen wir die zunehmende Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Deutschland und Russland zur Kenntnis. Diese unsägliche Entwicklung muss aufhören! Wir treten dafür ein, politische Probleme zwischen den Staaten in vernünftiger Art und Weise, im Dialog, mit Respekt und Achtung voreinander zu lösen..." <http://www.russlandbruecke.de/kein-kalter-krieg-mit-russland-hoert-auf-damit/>

3) **Wer möchte am Sonntag, 5. September nach Büchel mitfahren?**

Die organisierte Abfahrt von Bremen nach Büchel zur Menschenkette am Atomwaffenstandort wird um 5 Uhr erfolgen, damit wir pünktlich um 12 Uhr am Atomwaffenstandort ankommen. Infos: <https://www.atomwaffenfrei.de/home/artikel/e12b9edcb9d8300582b13f6eff2b6959/menschenkettenreaktion-in-buechel.html>

Interessenten bitte melden bei Ekkehard.Lentz@gmx.de oder 0173/4194320

4) ...und ein Geschenktipp:

Neu erschienen ist das Buch "Die gleissenden Gipfel - Malerei zwischen Mythos und Moderne" im Kölner <http://wienand-verlag.de> .

"Eine höchst erstaunliche und originelle Kulturgeschichte. Fast 200 in den Text integrierte Abbildungen. Die Bilder konfrontieren uns damit, was wir mit der Klimaentwicklung, dem Untergang der Gletscher und dem Abschmelzen der weißen Höhen verlieren", schreibt Johannes Feest auf Twitter. In einem kulturgeschichtlichen Panorama veranschaulicht das Buch von Barbara Alms die Strömungen der europäischen Malerei, die immer neu die gleissenden Gipfel zum Gegenstand machen. Mehr Informationen: <https://www.myheimat.de/bremen/kultur/die-gleissenden-gipfel-malerei-zwischen-mythos-und-moderne-d3283936.html>

Beitrag von Walter Ruffler

BILD, der Staat und Corona

Brötchenholend beim Bäcker fällt mein Blick notgedrungen auf die ausliegende Bild-Zeitung. Bisweilen motiviert mich der Aufmacher, einen Euro zu investieren. Es finden sich häufig recht kritische Artikel zu den staatlichen Corona - Maßnahmen, die ich von BILD nicht erwartet hätte. Anbei einige Schlagzeilen und "Aufmacher" auf der ersten Seite, der dazugehörige Artikel folgt in der Regel auf der zweiten oder dritten Seite. Es ist zu folgenden Themen sortiert:

1. BILD und die Grundrechte in "Corona-Deutschland"
2. BILD und die Kinder
3. Zu Intensivstationen und Ansteckungsgefahr im Freien
4. Zu den ökonomischen Folgen
5. Über Politikversagen und die Masken- Raffkes
6. Über Polizeieinsätze

Resümee: Wer evaluiert die staatlichen Corona-Maßnahmen und zieht Konsequenzen?

1. BILD und die Grundrechte in "Corona - Deutschland"

Kommentar W.R.: Immer wieder greift BILD kritisch die massive Einschränkung von Grundrechten durch die staatlichen Corona - Maßnahmen auf.

Mo., 20.04.2020: "Verfassungsgericht entscheidet: Corona - Verbote verletzen unsere Grundrechte" (Aufmacher)

S. 2 : "Der Staat untersagt Demonstrationen und Gottesdienste. Polizisten verscheuchen friedliche Bürger aus öffentlichen Parks. Was vor Kurzem noch undenkbar schien, ist in Corona-Deutschland Alltag: Unter Berufung auf den Schutz des Lebens haben die Regierungen von Bund und Ländern die Grundrechte massiv eingeschränkt. ABER: DÜRFEN DIE DAS ÜBERHAUPT?"

Johannes C. Bockenheimer in seinem Kommentar: "Wir sind mündige Bürger!": "Die Karlsruher Richter weisen den Staat in die Schranken, sie erinnern ihn an seine zentrale Aufgabe: Er soll nicht verbieten, sondern ermöglichen. (...) Deutschland ist ein Land mit mündigen Bürgern. Sie brauchen ihre Grundrechte zurück."

Sa., 29.08.2020: "Demo-Beben in Berlin. Erstes Gericht kippt Verbot. Zehntausende wollen heute gegen Corona-Regeln protestieren + 3000 Polizisten im Einsatz" (Aufmacher)

S. 3: Der Berliner Verwaltungsrichter Wilfried Peters wird wie ein Held gefeiert: "Dieser Richter kippte das Corona-Verbot": "Auf ihn schaute gestern ganz Deutschland: Verwaltungsrichter Dr. Wilfried Peters (57)! Um 13.40 Uhr kippte er das Anti-Corona-Demo-Verbot der Berliner Polizei. (...) Die Entscheidung (Aktenzeichen: VG1L296/20) ist eine Mega-Klatsche für Berlins Innensenator Andreas Geisel (54, SPD) und den Regierenden Bürgermeister Michael Müller (55, SPD), die das Verbot der Demo begrüßt hatten. (...) Die Polizei reagierte verschnupft: Sollten sich Demonstranten nicht an Abstandsregeln halten, werde die Demo sofort aufgelöst, sagte der Einsatzleiter gestern auf einer Pressekonferenz."

Kommentar W.R.: Allerdings zeigten Berliner Verwaltung und Polizei am 29.08.2020 Richter Peters und den Demonstranten, was eine Harke ist: Man ließ auch eine Kundgebung unmittelbar am Reichstag zu und zog die Polizei weitgehend ab, so dass einige Dutzend Demonstranten ungehindert über die Absperrgitter hüpfen konnten und ihre bunten Fahnen auf der Treppe des Reichstages schwenkten. In Politik und Presse galt dieses Happening dann als "Sturm auf das Herz der Demokratie", und weil Reichsflaggen unter den Fahnen waren, galten alle Beteiligten als Rechtsradikale und wurden einfach der riesigen Querdenken-Kundgebung mit über 20.000 Teilnehmern an der Siegessäule zugerechnet, ungeachtet der Differenz von 2 Kilometern zwischen beiden Schauplätzen. Und so hatte man sich einen "Beleg" verschafft, dass die Querdenken-Bewegung eine Gefahr für die freiheitlich - demokratische Grundordnung darstellen würde.

Do., 22.04.2021: "Beschlossen! Merkels Einsperrgesetz" (Aufmacher)

S. 2: "Ausgangssperre verabschiedet: Eine schwarze Stunde für die Freiheit!"
Chefredakteur Julian Reichelt schreibt in seinem Kommentar: "An den gestrigen Tag werden wir uns leider noch lange erinnern. Der 21. April wird in die Geschichte eingehen als der Tag, an dem die demokratisch gewählte Regierung eines freiheitsliebenden Landes beschlossen hat, dass sie die Bürger einsperren kann. (...) Während in England Menschen vor den Pubs Schlange stehen, sperrt unsere Regierung einen Landkreis mit 50.000 Menschen ein, wenn in einer Woche 50 von ihnen positiv auf Corona getestet werden. Das ist nichts anderes als eine Strafmaßnahme gegen die Bevölkerung für eine an vielen Punkten gescheiterte Regierungspolitik."

Fr., 28.05.2021: "Inzidenz unter 50, aber Merkel will Corona-Notbremse verlängern" (S. 2:)

2. BILD und die Kinder

Kommentar W.R.: Mehrfach problematisiert und kritisiert BILD die negativen Auswirkungen der Corona - Maßnahmen auf Kinder, insbesondere die Schließung von Schulen und Kindergärten sowie die Impfung von Kindern.

Do., 19.11.2020: "Aufstand der Länderchefs: Merkels Ein-Freund-Regel soll weg!" (Aufmacher)

S. 2: "Im realen Leben nicht umsetzbar". Kommentar von Jan W. Schäfer: "Völlig weltfremd!": "Politikern wird oft vorgeworfen, ihre Beschlüsse und Gesetze gehen an der Wirklichkeit völlig vorbei. Bei der Ein-Freund-Regel trifft dieser Vorwurf zu 100 Prozent zu!"

Do., 11.03.2021: "Seelsorger berichten Merkel vom Sorgentelefon: 'Jedes fünfte Kind, das sich meldet, hat Selbstmord-Gedanken'" (S. 3)

Mi., 19.05, 2021: "Psychologen berichten von schweren seelischen Schäden: So krank hat die Corona-Politik unsere Kinder gemacht" (Aufmacher)

S. 3 mehrere Artikel, darunter: "Eine Mutter klagt an: Das hat die kinderlose Regierung unseren Kindern angetan" (ganz praktisch: diese Mutter ist die BILD-Reporterin Lydia Rosenfelder), und: "Kinderarzt warnt vor dramatischen seelischen Schäden: "Triage in der Jugend-Psychiatrie".

Mo., 07.06.2021: "Professor klagt an: Schulschließungen waren falsch!"

(S. 4): "Der Direktor der Abteilung für Kinderkardiologie und Intensivmedizin im Klinikum Großhadern Prof. Nikolaus Haas (56), hält das Infektionsrisiko für Kinder für sehr gering: 'Ein Kind in Deutschland wird eher vom Blitz getroffen, als dass es wegen einer Covid-Erkrankung auf der Intensivstation landet', so Prof. Haas zu BILD".

Fr., 28.05.2021: "Bundesregierung will schnell Millionen Schüler impfen. Geht es der Politik überhaupt um Kinder-Schutz?"

S. 2: "Seit Beginn der Corona-Krise hat die Bundesregierung wenig bis nichts für Kinder getan. Jetzt sollen Kinder ganz schnell geimpft werden, obwohl über Nebenwirkungen wenig bekannt ist!". "BILD-FAKTENSHECK: Darum brauchen Kinder keine Impfung."

S. 2/3: Chefredakteur Julian Reichelt kritisiert die Bundesregierung massiv: "Weil es die Regierung nicht tut: Wir bitten alle Kinder um Verzeihung": "Millionen Kindern in diesem Land, für die wir als Gesellschaft miteinander verantwortlich sind, möchte ich sagen, was unsere Bundesregierung und unsere Kanzlerin bisher nicht wagen zu sagen: Wir bitten Euch um Verzeihung. Wir bitten Euch um Verzeihung für anderthalb Jahre einer Politik, die Euch zu Opfern gemacht hat. (...) Biergärten sind voll, Klassenräume sind leer. Die Schweden haben ihre Schulen nie geschlossen. Sie sind ihrer Verantwortung den Kindern gegenüber gerecht geworden. Wir nicht. Die Ministerin der Kinder hat sich gerade vorzeitig aus ihrem Amt verabschiedet, um sich von Doktorarbeit-Vorwürfen ungestört auf einen Wahlkampf vorbereiten zu können. (...) Gab es den Merkel-Gipfel für Kinder? Nein. Stattdessen wurde unseren Kindern eingebläut, sie würden Oma umbringen, wenn sie es wagen würden, Kinder zu sein, ihre Freunde zu treffen. Nichts davon hat je jemand

wissenschaftlich belegt. (...) Wer widersprechen wollte, wurde in die Expertenrunden des Kanzleramts nicht eingeladen."

3. BILD zu Intensivstationen, Ansteckungsgefahr im Freien und "Corona-Toten"

Kommentar W.R.: Staatlicherseits wurden das Tragen einer Maske, Abstand halten sowie die Schließung vieler Branchen des Einzelhandels, der Gastronomie, der Hotels, mancher Dienstleistungen wie Friseure, Reise - und Ausgehverbote begründet mit dem Hinweis, man wolle so die "Inzidenz" niedrig halten, um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Bisweilen wurde verlautbart, dass die Intensivstationen mancher Krankenhäuser bereits am Limit seien. Viele Demonstrationen wurden verboten, weil die Behörden eine erhöhte Infektionsgefahr unterstellten, wenn keine Masken getragen und keine Abstände eingehalten würden. BILD kommt zu anderen Ergebnissen. Und BILD setzt die Anzahl der "Corona-Toten" in Beziehung zu denen, die sonst noch pro Woche sterben - und deutet eine Verschwörungstheorie an.

Di., 20.04.2020: "Trotz Corona! - Kurzarbeit in immer mehr Kliniken":

"Deutschland steckt in der schlimmsten Gesundheitskrise seit Jahrzehnten - doch immer mehr Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern gehen in Kurzarbeit, werden in Urlaub geschickt oder bummeln Überstunden ab." Denn der erwartete Ansturm von Corona-Patienten blieb aus. Im April 2020 lagen 2.600 Corona-Patienten auf einer Intensivstation: "13.000 der etwa 30.000 Intensivbetten in Deutschland sind leer." "BILD erfuhr, dass im Cottbuser Carl-Thiem-Klinikum 1.100 der 2.500 Mitarbeiter im Urlaub sind oder Überstunden abbauen. Eine Sprecherin: 'Etwa 500 der 1.200 Betten sind belegt, das sind viel weniger als normal.'" "Viele weitere Kliniken meldeten laut Krankenhausgesellschaft ebenfalls Belegungsrückgänge von mehr als 30 Prozent."

Fr., 04.06.2021: "Tausende feierten in Rostock beim Fußball: Kein Corona-Fall nach Aufstiegs-Party"

(S. 3): "Tausende Menschen feierten eine Party in Rostock - und keiner steckte sich an! (...) Am nächsten Tag folgte der politische Aufschrei. Infektiologe Emil Riesinger (62), Corona-Experte und wichtigster Berater der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern, warnte: 'Ich rechne mit einer steigenden Zahl von Neuinfektionen.' Und was passierte wirklich? Bild hat zwei Wochen später bei der Stadt nachgefragt. Eine Sprecherin: 'Dem Gesundheitsamt sind keinerlei Fälle, die mit dem Heimspiel des FC Hansa in Verbindung gebracht werden können, bekannt.'"

Mo., 07.09.2020: "Immer weniger Schwerkranke, Todesfälle und belegte Intensivbetten. Die Corona-Zahlen, die Sie WIRKLICH kennen müssen" (Aufmacher)

S. 2: Kommentar von Filipp Piatov: "Weniger warnen, mehr erklären": "Es ist die wichtigste Frage für Deutschland: Wie gefährlich ist die Corona-Lage in unserem Land wirklich? Doch anstatt zu erklären, sind Teile der Politik noch immer im Warn-Modus. (...) Liegt der Anstieg der Ansteckungen auch daran, dass schlichtweg mehr getestet wird? Und wenn ja: Wie aussagekräftig sind die Infektionszahlen dann noch? Lässt sich von einer Corona-Notlage sprechen, wenn die Intensivstationen leer sind und - zum Glück - kaum jemand noch an Corona stirbt? Wenn die Bundesregierung sich weiterhin an den Infektionszahlen festbeißt, erweckt sie den Eindruck: dass sie nur die Zahlen benutzt, die gerade zur politischen Agenda passen."

4. Zu den ökonomischen Folgen

Kommentar W.R.: Auch die Folgen der Shutdowns werden aus der Betroffenen-Perspektive geschildert - und im Vergleich mit anderen Ländern.

Di., 02.03.2021: "Corona-Krise: Hier spricht das Volk" (Aufmacher)

S. 3: "Bei HIER SPRICHT DAS VOLK reden Normalbürger Tacheles: 'Man verliert den Glauben an die Politik!'" "Petra Kaskaya (50), Betreiberin eines Tattoo - Studios in Augsburg: 'Man wird allmählich depressiv. Finanziell bin ich praktisch ruiniert! Von den Hilfen der Regierung kam bis letzte Woche gar nichts und dann kam viel zu wenig. Man hat uns offenbar vergessen.'"

Mi., 28.04.2021: "Alle machen auf, nur wir bleiben dicht! .. obwohl unsere Corona-Zahlen zum Teil sogar niedriger sind" (Aufmacher).

S. 2: "Alle lockern - Deutschland bleibt dicht": "Etliche Länder in Europa vollziehen oder planen in diesen Tagen Lockerungen. Obwohl ihre Inzidenzzahlen oft über den deutschen liegen. (...) In Deutschland (Inzidenz: 167,6) gibt es bis Ende Juni nur regional Chancen auf Lockerungen - wo die Inzidenzwerte unter 100 sinken. Es sei denn, das Bundesverfassungsgericht kippt noch die umstrittene 'Merkel-Notbremse'".

S. 2: "Warum sind wir wieder die Letzten?" "Die Ministerpräsidenten haben offenbar keine hohe Meinung von Grundrechten."

5. Über Politikversagen und die Masken- Raffkes

Kommentar W.R.: Die hohe Zahl an "Corona-Toten" in Pflegeheimen, der Mangel an Schutzmasken, die Art der Beschaffung, der Mangel an Impfstoff und der zeitweilige Stopp vom Impfungen mit AstraZeneca sind für Bild Beispiele für das Versagen von Politik und Verwaltung. Kritisiert werden auch widersprüchliche Corona-Regeln und zwei Hauptvertreter der rigiden Corona-Strategie der Bundesregierung, Christian Drosten und Karl Lauterbach.

10.12.2020: "Corona: Senioren schutzlos und allein gelassen. Die WAHREN Todeszahlen aus den Altenheimen" (Aufmacher)

S. 2: "Bis zu 90 Prozent aller Corona-Toten stammen aus Pflegeheimen. Deutschlands oberster Patientenschützer klagt an: 'Corona-Katastrophe in der Altenpflege'"

02.03.2021: "Kanzler Kurz bricht mit EU-Versagern" (Aufmacher, es geht um die ungenügende Beschaffung von Impf-Dosen)

S. 2: "Regierungs-Zoff um Impfstoff-Stau". Es geht darum, dass viele Priorisierte sich nicht mit AstraZeneca impfen lassen wollen, so dass viele Dosen nicht verwendet werden können. Auch Yvonne Weiss sieht die Lösung des Corona-Problems im "Piks", wobei sie die möglichen Nebenwirkungen nicht schrecken. In Ihrem Kommentar "Impfstoff-Desaster legt unsere Freiheit auf Eis!" schildert sie ihre eigene Corona-Infektion und kommt zu dem Schluss: "Daher bleibt mein Unverständnis für AstraZeneca-Verweigerer. Als würde ein Schiffbrüchiger in einem Meer von Haien ein Rettungsboot abweisen, weil es ihm nicht gut genug ist."

11.03.2021: "Nach Masken-Skandal in der Union: Abgeordnete sollen Anti-Raffke-Schwur unterschreiben!" (Aufmacher)

S. 2: "Corona-Übersterblichkeit: Wie hoch war der Effekt wirklich?", Kommentar von Alfred Draxler: "Unsere Politiker sind keine Krisenmanager!" "Eines steht für mich fest: Nach dem

Management-Versagen bei der Corona-Bekämpfung darf es nach Corona ein einfaches 'Weiter so' keinesfalls geben!"

17.03.2021: "Der AstraZeneca - Super - Gau" (Aufmacher)

S. 2:/3 "Das AstraZenecaCHAOS - Riesen-Zoff um den Impfstoff-Stopp!" Bild befürwortet Impfungen auch mit AstraZeneca, weil die Vorteile die Risiken überwiegen würden. Diesen Ansatz greift Franz Josef Wagner in seinem Kommentar auf: "An oder mit Covid-19 starben in Deutschland 73.000. Durch AstraZeneca sollen acht Menschen in Deutschland an Thrombose erkrankt sein. (...) Ich trinke jeden Impfstoff, ich nehme ihn."

Do., 03.06.2021: "Impfungen, Mutationen, Intensivstationen, Kinder: 10 Corona-Irrtümer von Viren-Experte Lauterbach. Seine Thesen und Aussagen sind oft alarmierend - doch nicht immer richtig. Der Experten-Check"

Fr., 04.06.2021: "Beim Grillen, beim Sport, im Freibad - Corona-Regeln immer irrer: Schwimmen erlaubt, Planschen verboten" (Aufmacher) "CORONA-KRACH mit Lauterbach" (Aufmacher)

S. 2: "Willkommen in Corona-Absurdistan: Sonnen im Freibad ist verboten!... und in der Disco gilt: Tanzen nur mit Maske"

S. 2: "Nach BILD-Bericht über seine Irrtümer: Lauterbach im CORONA- Kreuzverhör"

Mo., 27.04.2020: "Drei Experten, drei Meinungen: Wie sehr kann man sich auf unsere Virologen verlassen?"

Kommentar W.R.: Bereits vor gut einem Jahr wirft BILD die Frage nach der Verlässlichkeit "der" Wissenschaft auf. Verglichen werden die Meinungen von Christian Drosten, Alexander Kekulé und Hendrik Streeck. Und Bild stellte fest, dass der Lockdown im März 2020 völlig unnötig war: "Fakt ist: Aus einem neuen Daten-Set des Robert-Koch-Instituts geht hervor, dass die Zahl der Neuinfektionen bereits Mitte März ihren Höhepunkt erreicht hatte. Also noch bevor die Politik die Schulen und Kitas dichtmachte, Kontaktbeschränkungen verhängte. Gerät der Glaube an den Knallhart-Kurs jetzt ins Wanken? Nicht bei Christian Drosten (48), Chef-Virologe der Berliner Charité und Corona-Flüsterer der Kanzlerin. Im Interview mit dem britischen 'Guardian' befürchtet Drosten, dass wegen der Lockerungen der Maßnahmen 'eine zweite Welle' auf Deutschland zukomme."

Mo., 25.05.2020: "Fragwürdige Methoden. Drosten-Studie über ansteckende Kinder grob falsch: Wie lange weiß der Star-Virologe schon davon?"

Kommentar W.R.: Im Mai 2020 beginnt BILD eine öffentliche Kontroverse um die wissenschaftliche Reputation von Christian Drosten, dem wichtigsten Corona-Berater der Bundesregierung. Philipp Piatovs Fazit: "Fiel die deutsche Schulpolitik einer falschen Studie zum Opfer?" In der angestoßenen Debatte musste BILD Federn lassen, erhielt viel Widerspruch und eine Rüge des Deutschen Presserates, der einen Verstoß gegen den Pressekodex feststellte, eine Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht. Und die Apothekerzeitung schaltete keine Anzeigen mehr bei BILD.

6. Über Polizeieinsätze

Kommentar W.R.: BILD prangert mehrere Polizeieinsätze wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Verstöße gegen Corona-Vorschriften als unangemessen an.

Do., 19.11.2020: "Wasserwerfer am Brandenburger Tor: Corona-Wut explodiert" (Aufmacher)

Di., 02.03.2021: "Denunziert in der Corona-Zeit: Polizisten stürmen Koch-Abend von zwei Freunden".

S. 3: "Polizeibeamte, die Jogger ohne Maske zu 150 Euro Strafe verdonnern, mit dem Zollstock Corona-Abstand messen, einen Jugendlichen mit dem Funkwagen durch den Park jagen. Normales Verhalten wird in der Pandemie kriminalisiert - jetzt macht die Polizei sogar vor dem privaten Wohnraum nicht halt!"

S. 3: "Hier spricht das Volk": "Meike Adamsson (43) aus Fürth: 'Die Verhältnismäßigkeit stimmt nicht mehr. Meine Kinder mussten mit ansehen, wie die Polizei den Skater-Park aufgelöst hat. Die Kinder sind vor Angst geflüchtet. Diese Zeit werden sie niemals vergessen. Eigentlich haben sie gelernt, dass die Polizei dein Freund und Helfer ist. Jetzt laufen sie weg, aus Angst!'"

Resümee: Wer evaluiert die staatlichen Corona-Maßnahmen und zieht Konsequenzen?

Da jetzt die Corona - Viren Sommerpause machen und wieder etwas alte Normalität Einzug in unseren Alltag hält, wäre eine Evaluation der staatlichen Corona - Maßnahmen angebracht: Was war angemessen in den letzten 1 1/2 Jahren, was nicht, und welche Konsequenzen sollten Staat und Gesellschaft daraus ziehen, wenn im Oktober die neue Corona - Saison beginnt. Tobias Riegel äußert sich am 03.06.2021 auf den "Nachdenkseiten" recht pessimistisch: "Eine angemessene Aufarbeitung der destruktiven Corona - Politik wird es vermutlich nicht geben: Fast alle einflussreichen gesellschaftlichen Gruppen haben sie entweder aktiv gestützt oder sich weggeduckt. Mit einer schonungslosen Bilanz würden sie sich also selber belasten. Dieser Befund ist fatal, weil dadurch einer Wiederholung wider besseres Wissen nichts im Wege steht."

Nun hat der Außerparlamentarische Corona-Ausschuss unter der Leitung der Berliner Rechtsanwälte Viviane Fischer, Antonia Fischer, Reiner Füllmich und Justus R. Hoffmann bereits im September 2020 nach 13 Ausschusssitzungen einen Bericht "SARS-CoV2 und die Lockdown-Folgen" vorgelegt (Kurzfassung 28 Seiten, https://corona-ausschuss.de/wp-content/uploads/2020/09/Kurzbericht_Corona-Ausschuss_14-09-2020-1-4.pdf). Aber die Arbeit dieses Ausschusses wurde von der Politik und den Mainstreammedien weitgehend ignoriert und wird vermutlich keine Auswirkungen auf die zukünftige Corona - Politik haben.

Im August 2020 haben sich der Verein Mehr Demokratie!, der BUND, der Bund der Steuerzahler und foodwatch in einem gemeinsamen Schreiben an die Fraktionen des Deutschen Bundestags gewandt und eine Evaluation der Corona - Politik eingefordert. Die Politik solle "gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern" ausloten, "was aus dieser Krise zu lernen ist." Die Entscheidungen der Bundesregierung und des Bundestages in der Corona-Krise sollen durch eine "Parlamentskommission des Bundestages" überprüft werden: "Diese soll hälftig mit Abgeordneten und mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft besetzt sein." Diese Kommission "analysiert die Maßnahmen, die während der Pandemie ergriffen wurden, überprüft deren Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit, das Zustandekommen sowie die Zusammenarbeit mit den Bundesländern und zieht Rückschlüsse für zukünftiges Krisenmanagement." Die Ergebnisse sollen einem "losbasierten Bürgerrat vorgelegt werden, der diese bewertet und daraus Empfehlungen für die Zukunft entwickelt und diese dem Bundestag übermittelt. Dem Bundestag dienen der Bericht der Parlamentskommission und das Bürgergutachten als Beratungsgrundlage."

Die Reaktionen der angeschriebenen Parlamentarier waren verhalten. Vielleicht würde etwas Dynamik in die Angelegenheit kommen, wenn sich BILD - Chefredakteur Julian Reichelt für den Vorschlag von "Mehr Demokratie!" und anderen erwärmen könnte. Stoff für weitere BILD - Aufmacher würde eine derartige Evaluation der Corona - Krise sicher in Fülle bieten.

5. Buchempfehlungen



Rezension: Sahra Wagenknecht – Die Selbstgerechten

(Manfred Steglich)

Nach einem furiosen Start im Spätsommer 2019 mit mehr als 160.000 registrierten UnterstützerInnen ist es ruhig geworden um die Sammlungsbewegung Aufstehen. Nicht zuletzt die internen Auseinandersetzungen im Trägerverein und der krankheitsbedingte Rückzug von Initiatorin Sahra Wagenknecht Anfang 2020 haben Aufstehen in der Entwicklung zu einer relevanten außerparlamentarischen Gegenkraft weit zurückgeworfen. Nun hat Wagenknecht mit „Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ ein wichtiges Buch vorgelegt, das insbesondere im programmatischen Teil als eine Art politisches Manifest der Sammlungsbewegung gelesen werden kann und in seiner polemisch zugespitzten Analyse des Linksliberalismus immerhin so viel Sprengstoff in sich birgt, dass bereits im Vorfeld der Veröffentlichung ihre politischen Gegner in der Partei DIE LINKE eine bundesweite Kampagne lostraten, um die vermeintlich Abtrünnige öffentlich zu diskreditieren und deren Kandidatur zur diesjährigen Bundestagswahl zu verhindern. Dieser ungeheuerliche Vorgang entbehrt nicht einer gewissen Pointe, bestätigen doch Wagenknechts innerparteiliche Widersacher damit exakt wesentliche Thesen, die im Buch über den Linksliberalismus und die selbstgerechte „Lifestyle-Linke“ entwickelt werden. Dass sich die Autorin bewusst war, welche Lawine sie mit ihrer bissigen Polemik gegen die linksliberale Überheblichkeit losstreten könnte und die Kampagne aus den eigenen Reihen antizipierte, hat sie selbst im Vorwort beschrieben. Dort heißt es: „Mit diesem Buch positioniere ich mich in einem politischen Klima, in dem *cancel culture* an die Stelle fairer Auseinandersetzungen getreten ist. Ich tue das in dem Wissen, dass ich nun ebenfalls >gecancelt< werde.“ Nicht gecancelt wurde sie hingegen von ihren Leserinnen und Lesern. Seit Wochen steht ihr Buch auf Platz 1 der einschlägigen Listen der meistverkauften Sachbücher.

Die *Selbstgerechten* ist eine Streitschrift im besten Sinne. Doch vor allem ist das Buch ein „grundlegendes gesellschaftstheoretisches Werk“, das sich - auch ohne die Voraussetzungen eines wissenschaftlichen Studiums - erstaunlich gut und leicht verständlich liest. Wagenknecht entfaltet in ihrer Schrift nicht weniger als ein Gesamtpanorama des global agierenden Finanzkapitalismus und dessen fatale Auswirkungen auf den Sozialstaat. Akribisch analysiert sie dabei die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen des postfordistischen Kapitalismus und die praktischen Folgen für die „Modernisierungsverlierer“ im unteren Drittel der Gesellschaft. Nach einem kühnen Parforceritt durch die Geschichte der Arbeiterbewegung beschreibt Wagenknecht zunächst die im Schatten des Neoliberalismus gewachsene neue akademische Mittelklasse und deren gezielte Abschottung nach unten durch kulturelle Distinktion. Weitere Kapitel widmen sich der Dystopie eines drohenden digitalen Überwachungs kapitalismus, der Zuwanderung und den sozialstaatlichen Konsequenzen der „offenen Grenzen für alle“ sowie den Bigotterien einer selbstgerechten Klimadebatte.

Wagenknecht über Identitätspolitik und die sogenannte Lifestyle-Linke

Fixpunkt der Wagenknechtschen Ausführungen ist dabei immer die Auseinandersetzung mit der die heute alle Diskussionen überlagernde Identitätspolitik. Diese führe im Gesellschaftsdiskurs zu einer Art Opfer- und Betroffenheitswettbewerb, während von den fundamentalen Strukturproblemen des entfesselten Kapitalismus, nämlich den sozialen und ökonomischen Verteilungungerechtigkeiten, abgelenkt werde. In diesem Zusammenhang kritisiert Wagenknecht den zunehmenden Verfall der Diskussionskultur in den öffentlichen Debatten. Von der Debatte über die Flüchtlingspolitik mit ihrem Narrativ der „Willkommenskultur“ über die Debatte zum Klimawandel und der Bekämpfung angeblicher „Klimaleugner“ bis hin zur aktuellen Corona-Pandemie und dem verordneten Lockdown-

Regierungsnarrativ: stets werde nur noch moralisiert statt argumentiert, Emotionen ersetzen Inhalte und rationale Begründungen. An die Stelle des solidarischen Meinungsstreits seien emotionale Empörungsrитуale, moralische Diffamierungen und offener Hass getreten. Als Protagonisten dieser erhitzten Symboldebatten macht Wagenknecht in Anknüpfung an den Kulturoziologen Andreas Reckwitz eine neue, mit ökonomischem und kulturellem Kapital wohl ausgestattete Mittelschicht aus. Dieses „linksliberale“ Juste Milieu, beruflich oft an den Schaltstellen der öffentlichen Meinung verortet, denke und handle letztlich aber weder links noch liberal, sondern vor allem *selbstgerecht*. Bei ihrem rigorosen Eintreten für mehr Diversität, Antirassismus und symbolischer Anerkennung von Minderheiten ginge es den selbstgerechten Linksliberalen vor allem um ihre eigene moralische Integrität und Selbstbestätigung und weniger um eine wirkliche Veränderung der sozialen Verhältnisse und eine gerechte Verteilungspolitik zugunsten der Modernisierungsverlierer und Prekarisierten.

Wenn nun Wagenknecht mit großem Aplomb gegen die einseitige Identitätspolitik der woken Lifestyle-Linken polemisiert, argumentiert sie doch stets aus Sicht der traditionellen Linken, die sich den Erkenntnissen der marxistischen Klassentheorie verpflichtet weiß, nach der in der Klassengesellschaft die Klassen primäre soziale Kategorien konstituieren. Anders formuliert: In der Klassengesellschaft legt die eigentumsrechtliche Stellung in Bezug auf die Produktionsmittel die Klassenzugehörigkeit fest und begründet so die formale Struktur der gesellschaftlichen Verfasstheit. Wenn also Wagenknecht Klassen als grundlegende, die Gesellschaft strukturierende, Kategorie bestimmt, der Kategorien wie Race und Gender nachgeordnet sind, ist das die orthodoxe marxistische Sichtweise der Linken und eben nicht „rechts“ oder „rassistisch“, wie ihr das von einigen innerparteilichen Kritikern paradoxerweise vorgeworfen wird. Das genuine Klasseninteresse drückt sich im gemeinsamen Interesse der Klassenzugehörigen nach Abschaffung der schlechten Verhältnisse aus - und dies unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht und sexueller Orientierung.

Große Teile der Linken haben Wagenknecht zufolge inzwischen die Seiten gewechselt. „Heute steht das Label links meist für eine Politik, die sich für die Belange der akademischen Mittelschicht engagiert.“ Was kein Wunder sei, profitiere die privilegierte Schicht der kosmopolitischen Großstadtkademiern und Lifestyle-Linken doch am ehesten von „Globalisierung und EU-Integration, von hoher Zuwanderung und zumindest teilweise auch vom wirtschaftsliberalen Status quo.“ Pointiert beschreibt Wagenknecht in den ersten Kapiteln ihres Buchs diese urbanen Milieus, bei denen es sich in der Regel um besser gestellte junge Menschen mit entsprechendem familiären Hintergrund handelt, die, so der Kollege Rainer Balcerowiak, „ihren moralischen Rigorismus in Sachen unregulierter Zuwanderung, gendergerechter Sprache, Klimapolitik und Bilderstürmerei als vermeintlichen Kampf gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus“ öffentlichkeitswirksam zelebrierten und dabei von vielen ehemals klassischen Linken noch hofiert würden.

Auf der Strecke blieben indes die sogenannten einfachen Leute, die der regellose, globalisierte Kapitalismus zu Verlierern mache. Für diese Marginalisierten und sozial Abgehängten stiege das Haushaltseinkommen schon seit Jahren nicht mehr und sie müssten kämpfen, um ihren Lebensstandard überhaupt zu halten. „Gab es vor einigen Jahrzehnten noch reale Aufstiegschancen für Kinder aus ärmeren Familien, ist der persönliche Lebensstandard heute wieder vor allem eine Herkunftsfrage“. In diesem Zusammenhang hält Sahra Wagenknecht es für eine Tragödie, dass die „Mehrzahl der sozialdemokratischen und linken Parteien sich auf den Irrweg des Linksliberalismus eingelassen hat, der die Linke theoretisch entkernt und sie großen Teilen ihrer Wählerschaft entfremdet“. Dabei gäbe es in der Bevölkerung durchaus eine tragfähige Mehrheit für eine Politik jenseits des neoliberalen Dogmas von Sozialabbau und Privatisierung: für soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt, für eine vernünftige Regulierung von Finanzmärkten und Digitalwirtschaft, für gestärkte Arbeitnehmerrechte. Statt aber diese Mehrheiten mit einem attraktiven Programm anzusprechen, hätten SPD und LINKE der AfD zu ihren Wahlerfolgen verholfen und die linksliberalen Grünen „auf geradezu unterwürfige Weise als intellektuelle und politische Avantgarde akzeptiert.“

Wagenknechts Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt

Wie aber könnten die linken Parteien im Sinne einer echten sozialen Volkspartei die verlorene gesellschaftliche Mehrheit (zurück-)gewinnen? Eckpunkte für solch ein „linkskonservatives“, auf tradierte Wert- und Gerechtigkeitsvorstellungen wie Solidarität und Gemeinsinn zurückgreifendes Programm, skizziert Wagenknecht im zweiten Teil ihres Buchs.

1. Gemeinsinn als Gegenentwurf zum entfesselten Kapitalismus

„Ohne Wir-Gefühl überlebt keine Demokratie“, zitiert Sahra Wagenknecht den griechischen Staatsphilosophen Aristoteles. Denn ohne einen „gewissen Fundus an Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Werten gibt es auch keine res publica: keine gemeinsame öffentliche Sache, über die sich demokratisch verhandeln ließe.“ (S. 214) Darin besteht ja der Kern lebendiger Demokratien, dass „Mehrheiten über die großen Linien der Politik entscheiden“. Und nur dort, „wo es gemeinsame Werte und Bindungen gibt, existiert auch die Bereitschaft zur Solidarität. Die starken europäischen Sozialstaaten der Nachkriegszeit hätten ohne ein solches Fundament nicht entstehen können.“ In diesem Sinn wurde die Gesellschaft in den Grenzen des eigenen Landes von den meisten Menschen immer „als eine Art Gemeinschaftsprojekt verstanden, für das jeder Einzelne Mitverantwortung“ zu tragen hat. Diese auf eine grundsätzlich auf Solidarität begründete Einstellung habe sich allerdings in der Folge der zunehmenden Markt deregulierung, der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen und der damit einhergehenden schleichenden Durchdringung der Gesellschaft mit der neoliberalen Ideologie radikal geändert. Selbst viele Linke äußerten sich heute über „linkskonservative“ Werte wie Solidarität und Gemeinschaftsdenken leider nur noch in verächtlicher Weise. „Aber“, so fragt Sahra Wagenknecht, „sind denn traditionelle Gemeinschaftswerte tatsächlich (so) veraltet und überholt?“ Und „ist denn die Sehnsucht nach einer vertrauten und beherrschbaren Lebenswelt, nach sicheren Arbeitsplätzen, sicheren Wohnvierteln und stabilen Familienverhältnissen ein rückschrittliches Ressentiment?“ Oder sind diese Werte nicht eher „ein sehr viel überzeugenderer Gegenentwurf zum entfesselten Kapitalismus als der bindungslose Selbstverwirklichungs-individualismus und die linksliberale Weltbürgerlichkeit, die auffällig gut zum ökonomischen Umfeld globaler Märkte und zu den Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen renditegetriebener Unternehmen passen?“ (223).

Für die große Mehrheit der Menschen seien die gebändigten Marktwirtschaften der europäischen Nachkriegszeit jedenfalls eine weit erträglichere Gesellschaft gewesen als der enthemmte, globalisierte Kapitalismus unserer Zeit. Innerparteiliche Kritiker behaupten nun, Wagenknecht wolle mit solchen Aussagen unter Berufung auf den „guten alten Kapitalismus ordoliberaler Prägung“ in die prosperierenden Zeiten der sozialen Marktwirtschaft der 1960er Jahre zurückkehren. Das ist - mit Verlaub – natürlich Unsinn und eine bewusste Missinterpretation. Tatsächlich geht es der promovierten Ökonomin Wagenknecht in solchen Vergleichen vor allem darum, das ganze Ausmaß der fortschreitenden Zerstörung des Sozialstaats und den Abbau der Demokratie zu verdeutlichen.

2. Plädoyer für den sozialen Nationalstaat

Der Nationalstaat ist das erklärte Feindbild in der neoliberalen Erzählung. Und nicht nur Wirtschaftsliberalen, sondern auch den meisten Linksliberalen gilt er als Auslaufmodell. Dabei ist der Tenor des Abgesangs stets gleich: „Nationalstaaten werden als unfähig angesehen, mit den Problemen einer globalisierten Ökonomie klarzukommen oder Lösungen“ für die großen Menschheitsfragen, wie etwa den Klimawandel, bereitzustellen. Hingegen werden die Unterordnung der Nationalstaaten „unter supranationale Einrichtungen wie die Europäische Union und die Einschränkung ihrer Souveränität durch internationale Verträge als zivilisatorischer Fortschritt gepriesen“, die Vision einer Weltregierung als verheißungsvolle Zukunftsperspektive propagiert.

Allein: Die Motive dieser neoliberalen Erzählung von der Antiquiertheit des Nationalstaats seien leicht zu durchschauen, so Wagenknecht. Der Sozialstaat, der den renditeorientierten Wirtschaftseliten schon immer viel zu teuer geworden sei, solle weiter eingedampft, die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge noch mehr heruntergefahren und staatliche Einrichtungen und Dienste weiter ungebremst privatisiert werden.

Hier setzt Sahra Wagenknechts Plädoyer für den sozialen Nationalstaat an. Vor der Folie des global entfesselten Kapitalismus erscheint der Nationalstaat als einzig mögliche Instanz, um sozialen Ausgleich demokratisch zu organisieren. Nur im Nationalstaat ließen sich mittels gezielter staatlicher Steuerung „Marktergebnisse korrigieren“, Einkommen gerecht umverteilen und soziale Absicherungen für alle Bürgerinnen und Bürger bereitstellen. Der neoliberale Schlachtruf „Kein Zurück zum Nationalstaat bedeute dagegen „Kein Zurück zur Demokratie“ und „Kein Zurück zum Sozialstaat“.

3. Direkte Demokratie:

Der Begriff "Demokratie" kommt aus dem Griechischen und bedeutet so viel wie "Herrschaft des Volkes". Als Staatsform begründet die Demokratie das politische Prinzip, nach dem das Volk durch freie Wahlen an der Machtausübung im Staat teilhat.

Viele Menschen haben heute allerdings nicht mehr den Eindruck, dass ihre Anliegen und Wünsche irgendeinen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Ganz im Gegenteil: „Sie fühlen sich außerstande, öffentliche Prozesse mitbestimmen zu können“, konstatiert Sahra Wagenknecht. „Gerade Ärmere gehen oft nicht mehr zur Wahl und haben nicht selten jedes Interesse am politischen Geschehen verloren. Es wird beklagt, diese Menschen würden sich von der Demokratie abwenden. Das stimmt nicht. Sie ziehen die Konsequenz daraus, dass es in ihren Augen keine Demokratie mehr gibt.“ (S. 247)

Daher sollten „zentrale Fragen für die Zukunft des Landes und das Leben der Menschen direkt von den Bürgerinnen und Bürgern entschieden werden.“ Für die demokratische Willensbildung reiche das repräsentative System der Parteiendemokratie allein nicht mehr aus und müsse durch Institutionen direkter Demokratie ergänzt werden und einer öffentlichen Kammer mit Debatten- und Vetorecht, die auf Grundlage von Losverfahren aus normalen Bürgerinnen und Bürgern gebildet wird. Bei wichtigen parlamentarischen Entscheidungen sei darüber hinaus die gesamte Bevölkerung in einem Referendum hinzuziehen.

Doch „nicht nur das Wahlrecht, auch die Versorgung mit öffentlichen Gütern - von guter Bildung über eine bezahlbare Wohnung bis zu einer soliden vom eigenen Einkommen unabhängigen Gesundheitsversorgung - gehört zu den Grundrechten der Staatsbürger in einer echten Demokratie. Krankenhäuser und Universitäten sind keine Profitcenter. Krankenhäuser sollen heilen, Pflegeheime pflegen, Schulen Wissen vermitteln und unabhängig forschen. Sie alle benötigen eine entsprechende Ausstattung mit Finanzen, Personal und Kompetenz, um diesen öffentlichen Auftrag zu erfüllen.“ (S.266)

Wagenknecht zufolge gibt es keinen Grund, sich mit der „Herrschaft des großen Geldes“ abzufinden. Solidarität, Demokratie und ein gerechter Sozialstaat können auch im 21. Jahrhundert lebendig sein. Daran muss ein linkes Gegenprogramm anknüpfen.

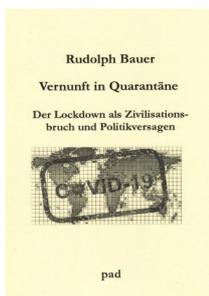
Sahra Wagenknecht: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm - für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Campus Verlag. April 2021. 345 Seiten. Gebundene Ausgabe, 24,95 Euro. ISBN 978-3-593-51390-4



Wolfram Elsner: Zeitenwende

(Verlagsankündigung) »Corona« hat der Welt eine Zeitenwende vor Augen geführt. Die USA zeigen sich im Niedergang. China ist als neue wirtschaftliche Nr. 1 und Gesundheitsweltmacht endgültig in Erscheinung getreten und ist wieder einmal die Weltkonjunkturlokomotive, besonders für Deutschland, und viel mehr. Aber die alte Globalisierung ist gescheitert, und Washington betreibt eine weitgehende Re-Nationalisierung und »Entkopplung« der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Eine neuartige Re-Globalisierung wird unter Initiative Chinas stattfinden, Eurasien dabei ein Wachstumspol, und die Neuen Seidenstraßen werden eine Säule der künftigen Welt.

In der EU aber zeigt sich eine neue »transatlantische« Sammlungsbewegung beeindruckt von Regel- und Rechtsbrüchen Washingtons und treibt die Union ins aggressive militärische und sanktionspolitische Fahrwasser des Niedergangskampfs der USA. Die Präsidentschaft Bidens hat an der US-Strategie gegenüber China wenig geändert, sie höchstens noch verschärft. Werden die USA einen heißen Krieg gegen China/Russland lostreten? Oder kommt ein globaler New Deal, bei dem über alles offen verhandelt wird, in dem Kooperation und neues Vertrauen entstehen? Findet der Westen die Kraft zu einer friedlichen Koexistenz und dazu, die großen Menschheitsprobleme endlich in den Mittelpunkt zu stellen?



Rudolph Bauer: Vernunft in Quarantäne

(<http://www.pad-verlag.de/> - Verlagsankündigung) Das Corona-Virus und die Reaktionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft legen offen, dass sich der Kapitalismus in einer tiefen politischen, ökonomischen und Finanz-Krise befindet.

Wenn Regierungen und Medien unter Berufung auf virologische Fachidioten Panik schüren, wenn Lockdowns, Maskenpflicht, Testzwang und Impfkampagnen autoritär verordnet werden, wenn ein anmaßender Medizin-Fundamentalismus herrscht, dann werden auf diese Weise zum einen das Politikversagen sowie die Folgen der

Privatisierung und Ökonomisierung des Gesundheitswesens überblendet und unsichtbar gemacht. Zum anderen wird vor allem davon abgelenkt, dass das System der als neoliberal kaschierten Profitmaximierung weltweit und in vielen Branchen vor dem Zusammenbruch steht.



Um gegenzusteuern, wird in die militärische Rüstung investiert, werden Kriege vorbereitet und geführt, wird die Digitalisierung gepusht, werden in den Biowissenschaften und der Pharmaindustrie neue Produktionsweisen entwickelt und mit Euro-Milliarden subventioniert. Die gesamte Bevölkerung wird unter Stress gesetzt. Die Werktätigen sollen sich widerstandslos ihrer Auspressung, Verelendung und Überwachung unterwerfen.

Das im vorauseilenden Gehorsam dienstbar befolgte Corona-Regime, die willige Hinnahme von brutalen Grundrechtseinschränkungen und unsinnigen Reglementierungen, das politisch praktizierte Inzidenz-Zahlen-Bingo – all dies erinnert an finsterste historische Erfahrungen und offenbart einen Zivilisationsbruch als Folge einer unterentwickelten politischen Kultur, einer Regierungsintelligenz an der Nachweisgrenze und einer degenerierten „Linken“, die aufgrund ihrer intellektuellen Ängstlichkeit, marxistische Begriffe zu verwenden, noch nicht einmal bis zum moralischen Niveau des Papstes („Diese Wirtschaft tötet“) aufzuschließen in der Lage ist.

6. Über #aufstehen und #aufstehen-Bremen

Auf Bundesebene ist der #aufstehen Verein mit Rundmails, WEB-Auftritt und Social Media öffentlich präsent. Unsere Aktionen zusammen mit dem Bremer Friedensforum

Der Schwerpunkt liegt weiterhin bei den lokalen Gruppen und Initiativen.

Die Meetings der Koordinierungsgruppe in Bremen tagen monatlich. Termine und Themen werden auf unserer WEB-Seite laufend aktualisiert. - Bleibt uns gewogen, schaut dort vorbei und fühlt Euch eingeladen, mitzumachen bzw. eigene Aktionsgruppen zu gründen zu Themen, die euch „auf den Nägeln brennen“. Es ist dringlicher denn je, den Debattenraum zu weiten, und soziale, ökologische, friedenspolitische und demokratische Basisbewegungen wieder stark zu machen. Wir machen auf jeden Fall weiter!

Für unsere WEB-Seite und Social Media haben wir verschiedene kleine Redaktionsgruppen, um unsere Sichtweisen, unsere Veranstaltungen und unsere Aktionen unter die Leute zu bringen. Wir verfassen eigene Berichte mit Fotos und Videos und verwenden Beiträge von anderen Alternativ-Medien und verlinken zu interessanten WEB-Seiten, hervorzuheben ist da die Seite des [Bremer Friedensforums](#) und [Nachdenken in Bremen](#).

Wir begrüßen eine lebendige und auch kontroverse Diskussion und laden Euch ein, interessante Internetlinks zuzusenden, eigene Beiträge bei uns einzureichen und sich auf Social Media in die Debatten aktiv einzubringen, zu „ liken“ und zu „reposten“. Hier noch einmal die LINKS zu

- unserer Homepage: <https://www.aufstehen-bremen.org>
- unserem Facebook-Account: <https://www.facebook.com/groups/313376332637420/>
- unserem Twitter-Account: <https://twitter.com/AufstehenBremen>
- unserem Instagram-Account: <https://www.instagram.com/aufstehen.bremen/>

Dies ist der siebte Newsletter. Der Newsletter erscheint unregelmäßig. Wer in Zukunft auch die nächsten Nummern erhalten will, muss - wenn noch nicht geschehen - sich über unsere Webseite für den Empfang des Newsletters anmelden. Formular online ausfüllen:

<https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/newsletter-neu>.

Natürlich kann der Newsletter dort auch abbestellt werden.

Anhang: Spendenauftrag

Wir bestreiten damit die Kosten für Technik, Raummieten, Flyer, Plakate und Transparente. Ansonsten machen wir dies hier alles ehrenamtlich. Alle sind eingeladen, sich mit kleinen und großen Spendenbeiträgen zu beteiligen, oder noch besser Daueraufträge einzurichten. Im Unterschied zu Parteien oder einflussreichen Think Tanks erhalten wir keinerlei staatliche Unterstützung.

Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz (*Stichwort: aufstehen-Bremen*)

IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06 BIC: PBNKDEFF

Im Auftrag der Koordinierungsgruppe von #aufstehen Bremen, erstellt von:
Erich Sturm, Wolfgang Vormann, Ekkehard Lentz und Rodolfo Bohnenberger